

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: OT 4111 Dönhofl 202 bis 207
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hitlers zweite Abfuhr

Hindenburg lehnt ihn ab! — Nochmals Papen? — Notenwechsel veröffentlicht

Amlich wird mitgeteilt: In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volk nicht vertretbar zu können, den Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel.

Hitlers Traum ist aus! Zur Niederlage vom 13. August tritt die Niederlage vom 24. November. Die Zwiespältigkeit und Unehrllichkeit seiner Haltung hat zu einem Zusammenbruch geführt, den die schroffe Ablage des Reichspräsidenten besiegelt. Hitler hat am 19. November begonnen mit dem Angebot einer parlamentarischen Mehrheitsregierung, er hat am 23. November geendet mit der Forderung einer Präsidialkanzlerschaft und einer Kapitulation vor den Baronen. Er war bereit, Schleicher und Neurath und noch mehrere Barone des Papen-Kabinetts in seine Regierung zu übernehmen!

Aber mit dieser Enthüllung seiner Schwäche war das Spiel aus. Die Wilhelmstraße und die hinter ihr stehenden Kräfte haben den Plänen der Kaiserhöflinge den Todesstoß versetzt. In einer letzten Unterredung mit Schleicher kündigte Hitler nun Opposition an, in seinem letzten Brief an Reichner sprach er offen die Beschuldigung aus, daß auf der anderen Seite von vornherein die Absicht bestanden hätte, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten. Er hat jedenfalls alles getan, um solche Absichten zu erleichtern!

Nun wird offen verkündet, daß ein neuer Auftrag an Papen wahrscheinlich sei. Ein solcher Auftrag müßte die innere Krise verschärfen. Papen hat neunzig Prozent des Volkes gegen sich. Papen bedeutet eine Verschärfung der inneren Gegensätze ohnegleichen. Papen bedeutet die Eröffnung eines neuen Konfliktes, dessen Ausgang unübersehbar ist!

In einem der Briefe Reichners an Hitler wird eine authentische Interpretation des Begriffes Präsidialkabinett gegeben, die lebhaften Widerspruch aller erregen muß, die die Verfassung streng im Sinne von Weimar auslegen. Ein solches Präsidialkabinett, und noch dazu abermals mit Papen an der Spitze — das wäre ein gefährliches Unterfangen!

Es sind genug der Versuche, die Verfassung auszudehnen, und der nun veröffentlichte Briefwechsel zwischen Wilhelmstraße und Kaiserhof läßt die heutige Verfassungs-

situation und ihre Gefahren deutlich erkennen.

Dieser Briefwechsel ist ein interessantes Dokument. Seine Veröffentlichung schließt den Versuch Hitlers, diesmal zur Macht zu kommen, endgültig ab. Er hat trotz prinzipieller Proteste, sich auf den Boden des parlamentarischen Systems begeben. Er hat nicht gesehen, daß die Deutschnationalen unter Hugenburgs Führung fest entschlossen waren, eine parlamentarische Mehrheitslösung zu torpedieren. In seiner Machtgier und seiner Verblendung hat er selbst dem Reichspräsidenten vorgetragen, daß eine parlamentarische Mehrheitslösung möglich sei; er selbst ist es gewesen, der den Gedanken der parlamentarischen Mehrheitsregierung beim Reichspräsidenten vertreten hat.

Von diesem Augenblick an war sein Schicksal besiegelt, denn in dieser Schlinge, die er sich selbst gelegt hat, ist er schließlich gefangen worden! Der Reichspräsident hat ihm den sehtumrischen Auftrag gegeben, eine parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen. Dieser Auftrag ist verfehlt worden mit präsidialen Vorbehalten, die einem Manne wie Hitler gegenüber leicht verständlich sind. Der Führer einer wirklichen Verfassungspartei hätte in solchen Vorbehalten keine Schwierigkeit gesehen! Hitler aber ist nicht der Führer einer wahren Verfassungspartei! Er will nicht zurück zur Verfassung, er will vielmehr eine Diktatur an die Stelle der anderen setzen. Er hat sich nur als Anhänger des parlamentarischen Mehrheitsprinzips maskiert! Seine Unterführer waren klüger als er, sie haben ihm nach seiner Rückkehr aus dem Reichspräsidentenpalais klar gemacht, daß er aufs Glatteis gegangen ist. Der große Führer mußte schon wenige Stunden nach seiner Unterredung mit Hindenburg verfluchen, von seinem eigenen Angebot wieder herunter zu kommen!

Die Unhaltbarkeit und Schwäche seiner Position hat sich sofort ergeben. Er hat zwar

dem Reichspräsidenten versichert, daß eine parlamentarische Mehrheit möglich ist, er hat aber nicht die mindesten Anstalten gemacht, zu verhandeln, um sie festzustellen. Er hat vielmehr behauptet, daß der Auftrag des Präsidenten unlösbar Widersprüche in sich berage, er hat Rückfragen gestellt und mit agitatorischen Finten den Kampf gegen den Auftrag aufgenommen, den er selbst erst provoziert hatte!

Obgleich die Stellung des Reichspräsidenten staatsrechtlich bei diesen Verhandlungen keineswegs besonders stark war, war es leicht, in die agitatorischen Finten der Nationalsozialisten fest hineinzustolzen. Schon die erste Antwort Reichners vom 22. November zeigt, wie sehr Hitler nun in der Schlinge saß! Er hatte versucht, auf dem Boden einer parlamentarischen Mehrheit dem Reichspräsidenten die Reichskanzlerschaft abzuwingen — nun hielt ihn der Reichspräsident fest auf der Zuhilfenahme einer parlamentarischen Mehrheit, während Hitler mit Händen und Füßen sich gegen die parlamentarische Mehrheitsbildung sträubte.

In dieser Zwangslage wurde nach langem Hängen und Würgen der 7½ Seiten lange Brief Hitlers vom 23. November geboren. Dieser Brief ist ein klassisches Dokument zur Bestätigung des Sprichworts „Untreue schlägt ihren eigenen Herrn!“ Der Mann, der sich seit Jahren als Diktator Deutschlands träumt, sich aber dann scheinbar auf die demokratisch-parlamentarische Basis stellt, weiß nun nicht mehr ein und aus. Er ist nicht nur bereit, Schleicher und Neurath zu schlucken, er will auch eine Reihe anderer Barone aus dem Kabinett des Herrn von Papen übernehmen. Er will seinen Frieden mit den feinen Leuten und ihrem Kurs machen, wenn er nur die Reichskanzlerschaft erhält!

Nun war die Antwort der anderen Seite, die Hitler unerbittlich an seinem eigenen Versprechen der parlamentarischen Mehrheit festhielt, außerordentlich einfach. Sie erfolgte als kühle Ablehnung der Hitlerischen Vor-

Wieder Papen?

Die Barone wollen wieder kommen!

Am Freitag wird der Zentrumsführer Kaas nochmals die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung prüfen. Eine Aussicht auf Erfolg dürfte den Unterredungen des Zentrumsführers kaum beschieden sein. Kaas dürfte deshalb dem Reichspräsidenten am Freitagnachmittag nur mitteilen können, daß seine Besprechungen negativ verlaufen sind. Mit dem gleichen Augenblick hoffen die Papen-Barone wieder auf der Bildfläche erscheinen zu können. Die Telegraphen-Anktion teilt dazu mit:

Unter diesen Umständen dürfte im Laufe des Tages der Reichspräsident erneut Reichskanzler von Papen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragen. Das neue Kabinett Papen dürfte indessen stärkere Personalveränderungen aufweisen, als bisher angenommen wurde.

Die Wiederbeauftragung Papens, der von 90 Proz. des Volkes abgelehnt wird, würde eine außerordentlich ernste Verschärfung der Krise bedeuten!

Schläge mit einer Begründung, die dem großen Führer in den Augen seiner Anhänger ebenso bloßstellen muß, wie Ablehnung und Begründung vom 13. August! Der große Führer und mit ihm alle seine Unterführer, der gesamte Rat der Kaiserhöflinge, ist in die Falle gegangen. Sie haben sich in der eigenen Schlinge gefangen, und Hugenberg ist Triumphant!

Das kommt davon, wenn der Diktaturlüsterne sich als Demokrat maskiert. Das kommt davon, wenn die Untreue zum Prinzip der Politik gemacht wird. Die Diktatorträume Hitlers sind entzwei, aber auch die demokratisch-parlamentarische Maske ist gründlich zerföhrt. Nun bietet sich der schwindenden Zahl der Anhänger dieses großen Führers ein jammervolles Bild; nicht nur das Bild einer Niederlage vor besseren Taktikern, sondern auch ein Bild der Unfähigkeit und Subalternität.

Der Briefwechsel Hitler-Hindenburg

Hitler in der eigenen Schlinge gefangen

Die amtlichen Mitteilungen über die Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler haben folgenden Wortlaut:

Die Einleitung der Verhandlungen

In der Unterredung, die am Sonnabend, dem 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung, Montag, den 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertritt. Ich versetze unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. — Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Die Bedingungen

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für

eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms. — Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen. — Keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Belegung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrichterlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.“

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Erstes Schreiben Hitlers

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Reichner vom gleichen Tage stellte Herr Hitler

eintige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 21. November 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Aussprachen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unauflösbar erscheinenden Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in diesem Falle im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Exzellenz ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortung einer parlamentarischen Regierung die Wichtigkeit dieser grundsätzlichen Klärung von selbst erkennen. Hinzufügen möchte ich noch, daß Herr Reichsanwalt Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde.

Ich selbst habe mich nicht als „Parteilührer“ gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vor dem Druck des Marxismus zu retten, gründete und organisierte ich eine Bewegung.

Die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst habe mich bemüht von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Kabinetts Papan über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nur darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verankerung im Volke besitzt. Dies im Interesse der deutschen Nation geschmächtig herbeizuführen, ist mein heiligstes Ziel.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.

Die erste Antwort

Staatssekretär Dr. Reihner beantwortete am Dienstag, dem 22. November, die Fragen des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, mit folgendem Schreiben:

„22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Versagen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmassnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheiten also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Eine parlamentarische Regierung muß alle Gesetzesentwürfe vor dem Inkrafttreten den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung und Genehmigung vorlegen; sie bezieht ihre Machtvollkommenheiten also ausschließlich von einer par-

England ist erschüttert

Nur durch Abrüstung kann Washington umgestimmt werden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 24. November.

„Hoover jagt: Rein.“ Das ist seit gestern abend das allgemeine Gesprächsthema in London. Die internationalisierte Offensive gegen die bevorstehende Wiederaufnahme der Kriegsschuldenszahlungen ist gescheitert. Noch ist die britische öffentliche Meinung über diese Lastochse erschüttert, daß die weiteren Folgerungen gar nicht zur Sprache stehen, noch beschäftigt man sich nicht mit ihnen.

Konsequenzen für die Lausanner Abkommen und deren etwaigen Ratifizierung.

Denn die erste Sorge der englischen Regierung ist die Umstimmung der Vereinigten Staaten. Das Finanzministerium will eine neue Note schicken, sobald die förmliche amerikanische Abgabe vorliegt. In seiner Erklärung von gestern lehnt aber Hoover spätere Verhandlungen nicht über die gesamte Schuldfrage ab, wohl aber ihre Verquickung mit den Reparationen. Vor allem erklärt Hoover: „Das Problem der internationalen Verschuldung hat in der amerikanischen Öffentlichkeit einen entschiedenen Zusammenhang mit dem Problem der Abrüstung und mit

den Lasten, die das Betrüsten uns und der übrigen Welt auferlegen.“

Dazu erklärt der „Daily Herald“ in seinem heutigen Leitartikel: „Wenn Europa früher in diesem Jahre sichtbare Zeugnisse für seine Bereitschaft, die Rüstungen herabzusetzen, abgelegt hätte, wäre die Einstellung des amerikanischen Kongresses zu den Kriegsschulden entschieden beeinflusst worden. Jetzt bietet sich der britischen Regierung die Gelegenheit, in ihrer neuen Note an Präsidenten Hoover die Fehler der Vergangenheit zu berichtigen. Die Note muß die klarsten Bürgschaften dafür enthalten, daß Genf ein Erfolg wird.“

Englische Repressalien

London, 24. November.

Der frühere englische Kolonialminister Amery legte im Unterhaus dar, daß die am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenszahlungen in Gold ausgeführt werden sollen. England brauche das Gold nicht, solange es nicht zum Goldstand zurückkehre. Dies werde noch lange Zeit nicht der Fall sein. Gleichzeitig solle England den Handelsvertrag mit Amerika kündigen und Son-

derzölle auf amerikanische Waren erheben, die in Gold oder Dollar bezahlt werden müßten.

Ende des Lausanner Abkommens

Paris, 24. November.

Die Weigerung Hoovers, Frankreich und England einen Zahlungsausschub zu gewähren, hat in Paris große Enttäuschung hervorgerufen, obgleich sie nicht unerwartet kam. Der „Temps“ erklärt, wenn keine für alle interessierten Staaten annehmbare Regelung des Schuldenproblems erfolge, würde die amerikanische Regierung die schwere Verantwortung auf sich laden, alles das zu zerstören, was seit zwei Jahren mit ihrer Zustimmung und oft auf ihre Initiative hin vollbracht worden ist. Das würde das Ende des Lausanner Abkommens bedeuten, mit allen Konsequenzen, die die lokale Auslegung und aufrichtige Durchführung seiner Klauseln mit sich bringen. Das würde ferner das sichere Scheitern der Abrüstungskonferenz und der geplanten Weltwirtschaftskonferenz bedeuten, von denen die Amerikaner beträchtliche Wirkungen für die Lösung der Krise erwarteten.

lamentarischen Mehrheit. — Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengefaßt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat.

Hiernach kann ein Parteilührer, noch dazu der Führer einer der Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichsanwalt Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verwandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung verlagte und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Die verschiedenen Änderungen in der Besetzung seines Kabinetts im Laufe seiner Regierungszeit wurden in erster Linie durch den Wunsch des Herrn Reichspräsidenten herbeigeführt, diese Umwandlung seines Kabinetts zum Präsidialkabinett auch in der persönlichen Zusammensetzung in Erscheinung treten zu lassen und den Schein einer Zentrumsvorherrschaft durch entsprechende personelle Änderungen zu vermeiden.

Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Papan war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Duldung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papan (überparteiliche Führung und Zusammenfassung ohne Parteiprogramm und Besitz des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten) beibehalte.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln.

Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem seine Bepredungen mit den Parteilührern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben,

und Sie selbst in der Bepredung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstags für aussichtslos gehalten haben.

Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht in Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Festhaltung der von seinem Amtsoorgänger wie auch von ihm stets ausgeübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen auferlegt; im übrigen haben auch die Bepredungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteilührern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn

Reichspräsidenten für die Regierungsbildung sich als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollten, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Erfolg Ihrer Feststellungen sein.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener

gez.: Dr. Reihner.

Herrn Adolf Hitler, zur Zeit Berlin.“

Zweites Schreiben Hitlers

Auf dieses Schreiben antwortet Herr Adolf Hitler am 23. November mit folgendem Brief, in dem er gleichzeitig seine Antwort auf das Ersuchen gab, das der Herr Reichspräsident am 21. November an ihn gerichtet hat:

„Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Die Antwort auf Ihr gestriges Schreiben darf ich mir erlauben, in drei Punkten zusammenzufassen:

A. Ihrer Definition des Sinnes und Wesens eines Präsidialkabinetts habe ich folgendes entgegengehalten:

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilich sein könnte als ein parlamentarisches, widerspricht sich erstens aus der Art des Werdens eines solchen Kabinetts und zweitens aus der Begrenzung seiner Arbeitsfähigkeit sowohl, als auch aus der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Artikel 48 zu regieren gezwungen ist, dann benötigt es — wie Sie selbst zugeben — wenn auch nicht die vorherige Zustimmung, dann aber um so mehr die nachträgliche Billigung einer parlamentarischen Mehrheit.

Diese parlamentarische Mehrheit wird sich bei der Art unseres ganzen Verfassungslebens immer in Parteien ausdrücken. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteilichkeit, wie auch das parlamentarische Kabinett. Damit muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags entweder besitzen oder erobern, als er selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten benötigt.

Im übrigen ist neuerdings durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes die Anwendung des Artikels 48 auf ganz bestimmte Fälle und begrenzte Zeiten beschränkt worden, so daß eine allgemeine Erfüllung der Regierungspflichten auf diesen Artikel allein nicht mehr gestützt werden kann. Es ist daher in der Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der — unter dem Druck der Not und der Iretzhaltung zu treffenden Entschlüsse — die Schwermöglichkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein ausgabenmäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz zu sichern. Die Aussicht auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird um so größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die an sich schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt.

Ob ein Regierungsprogramm parteilich oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentlich hingegen ist, daß es richtig ist, und daß es zum Erfolge führt. Ich protestiere dagegen, daß ein an sich richtiges Programm etwa deshalb nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedankengut einer Partei ist und mithin von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter besitzen müsse, abzulehnen sei. Da im allgemeinen Programme immer Menschen anziehen werden, die dann zusammengefaßt zwangsläufig als Parteien in Erscheinung treten, könnten also in Zukunft nur solche Programme Verwendung finden, die hinter sich, um den überparteilichen Charakter zu wahren, auch keine Anhänger haben. Wie man dafür aber eine parlamentarische Mehrheit zur Tolerierung erreichen will, ist mir ein Rätsel, an dessen Lösung auch Herr von Papan scheiterte.

Ich habe demgegenüber erklärt, daß ich eine solche Art von Führung ablehne, weil sie zwangsläufig im Nichts endet und höchstens als letzten Schuß die Bajonette besitzt.

Ich habe weiter die Ueberzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine solche Katastrophe zu vermeiden, weil ich immerhin zwei Drittel der zur Tolerierung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinde. Der Schritt von 200 Abgeordneten zu 300 wird leichter sein, als der von 50 oder 60 zu 200.

B. Sie teilen mir, Herr Staatssekretär, mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wünsche. Das heißt, ich solle erst mit den Parteien ein Programm vereinbaren, dafür eine Mehrheit suchen und dann die Regierungsbildung rein parlamentarisch auf Grund dieser Mehrheit in die Wege leiten.

Zunächst muß ich hier schon bemerken, daß man mir diese Aufgabe vor dem 12. September 1932 hätte stellen sollen. Sie wäre damals wirklich leichter zu lösen gewesen!

Sie kann aber überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern.

Denn wenn schon der nur parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst gegebenen.

Danach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend (Artikel 54), sowohl für die Beauftragung mit der Regierungsbildung, als auch für die Zusammenfassung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichsanwalt und die Reichsminister ernannt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu vereinbaren mit dem Artikel 53 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums Sache der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Auch der Reichsanwalt und der Reichswehrminister können nur auf Vorschlag des Reichsanwaltes ernannt werden. Denn nur so ist es dann diesem überhaupt möglich, die Richtlinien der inneren und äußeren Politik zu bestimmen, für die er doch

Protest im Landtag

Preußen gegen Papan-Kurs

Preußen gegen die Reichskommissare! — Das ist das Thema der November-Tagung des Preussischen Landtages, die am Donnerstag begann. Die Reihe der Protestredner eröffnete der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hirtzfelder. Es war ein denkwürdiger Augenblick, als die rechtmächtigen preussischen Minister Genosse Grimme, Dr. Schmidt, Dr. Schreiber, Dr. Steiger wieder auf der Regierungsbank Platz nahmen.

Dann begründete Genosse Müller-Halle die sozialdemokratischen Anträge zum Kommissarsregiment. Er brandmarkte die Politik der Verleumdung aller republikanischen, insbesondere aller sozialdemokratischen Beamten. Wollte über diese Verleumdung hinaus die Reaktion in ihrer jetzigen Tobsuchtsperiode das Verfassungsrecht antasten, dann werde das Volk die reaktionären Gespenster zu Tode treiben. Die Sozialdemokratie sei sicher, daß ihre Stunde wieder schlage, und sie werde diese Stunde nutzen!

(Bericht siehe 1. Beilage.)

Gemäß § 17 unseres Organisationsstatuts v. 28. April 1929 berufen wir hiermit einen

Außerordentlichen Bezirksparteitag

für Sonnabend, den 26. November, um 16 Uhr, nach dem Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, ein.

Tagungsordnung:

1. „Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach der Reichstagswahl.“ Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R. — 2. Aussprache. — 3. Die Aufgaben der Organisation. Referent: Georg Wendt. — 4. Anträge. — 5. Die Verwaltungsreform Groß-Berlin. Referent: Paul Robinson.

Bezirksverband Berlin

gemäß dem Artikel 56 dem Reichstag gegenüber die Verantwortung zu tragen hat. Daraus würde auch die Tatsache nichts ändern, daß der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich vertritt, im Namen des Reichs Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten schließt, die Befehle beglaubigt und empfängt (Artikel 45), und daß er den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs ausübt (Artikel 47). Denn alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch auf dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen nach der Verfassung für ihre Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister (Artikel 50).

Festlegung des Wirtschaftsprogramms, keine Wiederkehr des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Artikels 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Regierungskabinet dem Reichspräsidenten nur nach Maßgabe der Artikel 68 ff. über die Reichsregierung zustehen.

Wenn Sie nun, sehr verehrter Herr Staatssekretär, erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geübten Staatspraxis seien jedem Kabinet grundlegende Forderungen auferlegt worden, so darf ich Ihnen darauf folgendes erwidern:

1. Noch nie in diesem Sinn und in diesem Umfang.

2. noch nie war die katastrophale Lage Deutschlands innen-, außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich so wie heute und daher noch nie die volle Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und

3. darf ich doch auch darauf hinweisen, daß noch zu keiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden wie unter dem Präsidialkabinet des Herrn von Papen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Tolerierung und Billigung, vorlegen soll. Parteien, die diese Maßnahmen aus Selbsterhaltungstrieb einst aufs schärfste bekämpft haben! Und das alles in einem Zeitpunkt, in dem man die Position dieser Parteien noch dadurch stärkt, daß man erstens erklärt, ich besitze das besondere Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten nicht, und sei zweitens deshalb befohlen, den rein parlamentarischen Koalitionsweg zu gehen!

C. Sie schreiben, sehr verehrter Herr Staatssekretär, daß bei den Vorbesprechungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit geklärt worden sei, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen, Herr Staatssekretär, liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichspräsident Göring (vor der Erstellung des Auftrags des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte, geht das Gegenteil hervor. Die Auslassungen einer für eine Koalitionsmehrheit nötigen Partei (Bayerische Volkspartei) in ihrer offiziellen Parteikorrespondenz befangt das gleiche. Die Zustimmung nun, daß ich im Falle des Scheiterns meiner Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten ja die Gründe mitteilen könnte, ändert gar nichts an der Tatsache, daß man einfach mit Recht feststellen würde, die Erfüllung eines übernommenen Auftrags sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in redlichstem Bemühen Auftrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so wie meine sämtlichen Mitarbeiter zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich undurchführbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Fühlung zu nehmen, und bitte Sie deshalb, Herr Staatssekretär, seiner Erzeulenz dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten folgende ehrerbietigste Meldung übermitteln zu wollen:

Den mir am Montag, dem 21. d. M., vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Undurchführbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angeichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkriegs die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaussenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernannt mich darauf zum Reichskanzler und bestatigt die von

mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinet die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verweigert worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Uebermittlung danke, verbleibe ich

in vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.

Zweites Schreiben Meißners

Am 24. November erwiderte Staatssekretär Reichner Herrn Hitler folgendes:

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr geistiges Schreiben beehre ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Regierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Regierungsbildung im Reichstag möglich war. Einen „inneren Widerspruch“ in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem erläuternden Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rücksprache hingewiesen war, falls eine der von dem Herrn Reichspräsidenten erwähnten Voraussetzungen sich als ein entscheidendes Hindernis bei Ihren Verhandlungen erweisen sollte.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines „Präsidialkabinetts“ zu übernehmen.

Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihrer Ausschließlichkeit bedürftig sind, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend vernachlässigt war.

Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Präsidialkabinet sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegenstände im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

3. Nachdem Sie zum lebhaften Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer geistigen, mit seinem Willen geführten Unterhaltung mit dem Herrn Reichswehrminister General von Schleicher jede andere Art der Mitarbeit inner-

Beratung

24 Stunden grübelte Hitler über dem Antwortschreiben an den Reichspräsidenten.



„Bedenken Sie, wieviel Anhänger uns abspringen, wenn Hitler wieder nicht zum Zuge kommt.“
„Und wieviel erst, wenn er auch nur vier Wochen als Reichskanzler amtiert.“

halb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Unabhängig hieron wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe, und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich, sehr geehrter Herr Hitler,
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Reichner.

Drittes Schreiben Hitlers

Adolf Hitler hat an den Staatssekretär Reichner abschließend folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Regierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in seinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gefeg-

mäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres, so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinet Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinet zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur irgend Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinet eine aufbauwillige Kraft zu sehen. Und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutschen Menschen, die durch die politischen Experimente in der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich, Seiner Erzeulenz dem Herrn Reichspräsidenten nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener
gez. Adolf Hitler.

In einer Pressekonferenz betonte Göring, daß die NSDAP nunmehr jedem Kabinet, welches es auch sei, den schärfsten Kampf ansage und es ebenso zu Fall bringen werde, wie das Kabinet von Papen erledigt worden sei. Adolf Hitler kann warten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er ohnehin gerufen werden müsse.

Parteiführer beim Reichspräsidenten

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing am Donnerstag nachmittag den Führer des Zentrums, Prälaten Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Regierungsbildung im Reichstag. Die Besprechung wird am Freitagnachmittag fortgesetzt.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wurden auch die anderen Parteiführer nach am gestrigen Donnerstagabend zu dieser Frage gehört. Bei diesen Besprechungen läßt sich der Reichspräsident durch Staatssekretär Reichner vertreten. Es sind Hugenberg für die Deutschnationalen, Staatssekretär Schaffer für die Bayerische Volkspartei und Dingeldey für die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung gebeten worden.

Hugenberg läßt sich jetzt sprechen

Gestern war der Geheimrat Hugenberg für den braunschweigischen Regierungsrat Hitler zu sprechen. Es war seit vielen Monaten die erste Besprechung zwischen den Harzburger Bundesgenossen.

Stadtrat Breitner, der die Finanzen des roten Wien seit 1919 so vermalte, daß 60 000 Wohnungen gebaut, das vorbildliche Fürsorgewerk geleistet und die Arbeitslosigkeit unter dem Staatsdurchschnitt gehoben werden konnte, tritt aus Gesundheitsrücksichten zurück. Sein Amtsnachfolger ist Dr. Robert Danneberg, bisher Präsident des Wiener Landtags und Finanzredner der Nationalratsfraktion. Danneberg ist 49 Jahre alt und seit über 30 Jahren in der Sozialdemokratie überaus tätig.

Hochschulsenat gegen Klagges

Radaustudenten fliegen gegen den Willen des Naziministers

Eigener Bericht des „Vormärts“

Braunschweig, 24. November.

Auf die Verfügung des Naziministers Klagges an den Rektor der Technischen Hochschule, gegen Nazistudenten nicht disziplinarisch vorzugehen, hat der Rektor am Donnerstag eine Antwort erteilt, indem er drei nationalsozialistischen Studenten das Betreten der Hochschule mit folgendem Anschlag verboten hat:

„Aus Gründen der Hochschuldisziplin ist den Studierenden Lindenberg, Wille und Schmidt bis zum Abschluß des eingeleiteten und durch die Verfügung des Herrn braunschweigischen Ministers für Volksbildung zur Zeit unterbrochenen Disziplinarverfahrens das Betreten der Hochschule einschließlich der zur Hochschule gehörenden sonstigen Institute sowie des Studentenheimes verboten. Ich richte erneut an die Studentenschaft die Mahnung zu ruhigem und besonnenem Verhalten und lasse keinen Zweifel darüber, daß jeder Verstoß gegen die Hochschuldisziplin nachdrücklich geahndet wird.“

Klagges hat auf Grund des Anschlages bekanntgegeben lassen, daß die Maßnahmen zwecks Herbei-

führung einer Entpolitisierung der Hochschule nicht Aufgabe des Rektors der Hochschule, sondern, wenn eine solche Maßnahme überhaupt erforderlich wäre, in erster Linie des zuständigen braunschweigischen Volksbildungsministers (Klagges) sei. In einem weiteren Anschlag am schwarzen Brett gibt der Rektor bekannt, daß eine von den Mitgliedern des AStA beschlossene Amtsenthebung des ersten Vorsitzenden rechtsunwirksam sei und er den bisherigen Vorsitzenden (der nicht Nazi ist) weiter als Vorsitzenden anerkenne. Eine Neuwahl des ersten Vorsitzenden würde vom Rektor als sündwidrig beanstandet werden. Es heißt dann in der Bekanntmachung weiter: „In der Tatsache, daß der AStA bei dieser Sachlage den stellvertretenden ersten Vorsitzenden sein Amt weiter ausüben läßt, erkläre ich eine Disziplinwidrigkeit. Ich bin im Hinblick hierauf sowie auf das weiter oben dargelegte sündwidrige Vorgehen gegen den ersten Vorsitzenden der AStA nicht mehr in der Lage, den gegenwärtigen AStA als ordnungsmäßige Vertretung der Studentenschaft anzuerkennen und fordere die Studentenschaft auf, Neuwahlen vorzunehmen.“

Der Konflikt zwischen dem Senat der Hochschule und dem Volksbildungsminister Klagges spielt sich derart zu, daß mit Koalitionsschwierigkeiten zu rechnen ist.

Stahlhelm-„Winterhilfe“

Unterschlagungen und Luderwirtschaft — Geschäftsführer von Sodenstern bleibt unvereidigt

Eine Berufungsverhandlung gegen den 26jährigen Kaufmann Ernst Madel vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I enthüllte Zustände bei der Vaterländischen Winterhilfe, die für die „nationale“ Presse Stoff zu wochenlangen Sensationsartikeln geben würde, wenn sie bei einer republikanischen Organisation vorhanden wären. Beteiligt an den idyllischen Verhältnissen sind prominenteste Stahlhelmführer; der Major a. D. von Sodenstern, früher leitender Redakteur der rassistischen „Deutschen Zeitung“, der Major a. D. Stephani und der frühere Chef der Reichswehr, Generaloberst von Hege. Die Strafkammer gab dem Ganzen das Gepräge, indem sie den „Geschäftsführer“ dieser Stahlhelm-Unternehmung, Major von Sodenstern wegen Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt ließ!

Die „Vaterländische Winterhilfe“ war 1931 vom Stahlhelm in Verbindung mit 30 weiteren „vaterländischen“ Organisationen ins Leben gerufen worden. Sie beschäftigte mit Ausnahme des Major von Sodenstern als einzigen Angestellten den Kaufmann Ernst Madel.

Eine Buchführung über die Geldeingänge und -ausgänge gab es so gut wie überhaupt nicht. Im Januar d. J. entdeckte man einen Fehlbetrag von 6000 M. Madel war geständig, die Gelder unterschlagen zu haben. Die Anklage legte ihm u. a. zur Last die Quittungsfälschung über 250 M. und die dreimalige Abhebung von je 800 M. vom Postsparkonto des Schachmeisters der Winterhilfe, des Generaloberst von Hege! Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte Madel wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung in Tateinheit mit Untreue zu zehn Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte Madel Berufung ein. Gleichzeitig beantragte er beim Stahlhelm die Wiederaufnahme. Sie wurde abgelehnt.

In der gestrigen Berufungsverhandlung widerrief der Angeklagte sein Geständnis. Wie er dies bereits im Ermittlungsverfahren angedeutet hatte, erklärte er jetzt, daß er für sich nicht mehr als 100 M. verbraucht habe, daß jedoch alles andere angeblich von ihm unterschlagene Geld in Wirklichkeit

über einen „schwarzen Fonds“ von der Vaterländischen Winterhilfe an den Stahlhelm geleitet

worden sei. Er habe dies auf Befehl des Majors von Sodenstern getan, der sich wieder auf den Landesführer des Stahlhelms, den Major a. D. von Stephani, berufen habe. Es sei ihm auch verboten worden, die für den „Schwarzen Fonds“ bestimmten Summen zu buchen. Die Quittung des Hauswirts habe er gefälscht, weil Major von Sodenstern die 250 M. für politische Zwecke haben wollte. Auf Blanko-Postchecks des Generaloberst von Hege habe er die Gelder gleichfalls auf Anordnung des Majors von Sodenstern abgehoben. Er habe dies alles in der ersten Verhandlung verschwiegen, um den Stahlhelm zu schonen, jetzt wolle er aber nicht mehr den Märtyrer spielen.

Sodenstern bestritt als Zeuge zunächst die Richtigkeit der Behauptungen des Angeklagten.

Auf Vorhalt des Verteidigers mußte Sodenstern aber zugeben, daß er wiederholt größere

Summen aus der Vaterländischen Winterhilfe im offenen Kasset zu sich nach Hause habe schleichen lassen, und daß er ferner eines Tages seiner Gipsdi, die unten auf der Straße wartete, durch einen Buroboten 150 Mark heruntergeschickt habe.

Wichtiger als dieses Eingeständnis Sodensterns war aber ein anderes. Die Bollantischen Erben hatten der Vaterländischen Winterhilfe eine 5000-Mark-Spende zukommen lassen. Sodenstern hat davon 1000 Mark an Goebbels für die Winterhilfe der NSDAP übermitteln, 200 Mark dem Angeklagten als Provision gegeben und 3800 Mark auf sein persönliches Konto bei der Evangelischen Zentralbank eingezahlt. Mit dem Zusammenbruch dieser faulenden Bank ist auch diese Summe verloren gegangen. Deshalb Sodenstern die Bollantische Spende auf sein persönliches Konto eingezahlt hatte, konnte er nicht sagen. Er bestritt aber, daß dies geschehen sei, um sein Debet bei dieser Bank zu begleichen.

Die Tombola verschwunden.

Nicht minder interessant war eine dritte, von Sodenstern zugegebene Tatsache. Zugunsten der Vaterländischen Winterhilfe war im Warmbathaus ein Fridericus-Abend veranstaltet worden. Die vom Stahlhelm gespendete Tombola ergab eine Einnahme von 2000 Mark. Der Ertrag wurde jedoch dem Stahlhelm zugewendet, der Bericht in der Ausschussführung lautete, daß der Fridericus-Abend für die Winterhilfe mit einem Defizit von 14 Mark abgeschlossen habe.

Sodenstern bestritt, daß mit den Mitteln der „Vaterländischen Winterhilfe“ ein vom Stahlhelm-Volkstentwurf bei dem Bankhaus Sponholz u. Co. herrührendes Defizit ge-

Die Reichstagsreste

Gesetzentwürfe

von zwei Reichstagen im Reichsrat

Im Reichsrat verabschiedete sich am Donnerstagabend der bisherige bayerische Gesandte Dr. v. Preger, der nach Erreichung der Altersgrenze aus seinem Amte scheidet.

Der Reichsrat genehmigte dann ohne Aussprache ein umfangreiches Verzeichnis von Gesetzentwürfen, die die Zustimmung des Reichsrats schon vor der Auflösung des letzten oder des vorletzten Reichstags erhalten hatten und nun dem neuen Reichstag unverändert vorgelegt werden sollen.

Er stimmte ferner einer deutsch-schwedischen Vereinbarung zu, durch die die diplomatischen und konsularischen Vertreter des Deutschen Reichs und Schwedens ermächtigt werden sollen, auf dem Gebiet des anderen Staates Eheschließungen vorzunehmen, soweit sie nach den Vorschriften ihres Heimatstaates dazu befugt sind. Voraussetzung ist, daß beide Verlobte dem Entsendestaat des Diplomaten angehören und in dem Lande, in dem die Ehe geschlossen werden soll, weder Wohnsitz noch gewöhnlicher Aufenthalt haben. In der Ausschussberatung des Reichsrats war als Selbstverständlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß bei solchen Eheschließungen das Gesetz betr. die Eheschließung und die Beurteilung des Personenstandes für deutsche Staatsangehörige maßgebend ist.

deckt worden sei. Ueber den „schwarzen Fonds“ befragt, erklärte er, dieser hätte nichts anderes als einen Reservefonds darzustellen, der ihm stets ermächtigt hätte, die Rente zu bezahlen. Die ihm aus der Winterhilfe ins Haus geschickten Summen habe er auf das Gehalt in Höhe von 250 Mark verrechnet.

Stahlhelmführer von Stephani mußte gestehen, daß es tatsächlich so gut wie keine Buchführung bei der „Vaterländischen Winterhilfe“ gab. Erst nach dem Ausschreiben des Angeklagten wurde sie eingeführt. Von der Existenz eines „schwarzen Fonds“ habe er gewußt, als solchen habe er aber die Spende der Bollantischen Erben betrachtet. Von einem andersgearteten schwarzen Fonds habe er keine Kenntnis gehabt. Er habe auch nie angeordnet, daß Gelder aus der Winterhilfe an den Stahlhelm geleitet würden und auch nie solche Gelder erhalten. Er sei überzeugt, daß der Angeklagte die ganze Summe von 6000 Mark unterschlagen habe.

Generaloberst von Hege, der Schachmeister der Winterhilfe, erklärte, daß seine Tätigkeit eigentlich nur darin bestanden habe, daß er Aufrufe für Spenden unterzeichnet habe, außerdem habe er seinen Namen für die Einrichtung eines Postsparkontos hergegeben. Auf Veranlassung Sodensterns habe er Blankochecks unterzeichnet. Die Höhe der Abhebungen habe er immer erst aus den Mitteilungen des Postsparkontostellers erfahren.

Es gab noch heftige Auseinandersetzungen zwischen den Zeugen und der Verteidigung, dann kam die Senation: **Das Gericht beschloß, den Major von Sodenstern wegen Verdachts der Mittäterschaft nicht zu verurteilen!**

Das Gericht verwarf schließlich die Berufung des Angeklagten, setzte aber die Strafe von zehn auf sechs Monate herab.

Sodann nahm der Reichsrat eine Verordnung über Handelsklassen für Kartoffeln an. Bisher gab es solche Handelsklassen nur für Getreide und Eier.

Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Reichsregierung vorgelegte Uebersicht über den Ertrag der Kosten der Reichstagswahlen vom 31. Juli und 6. November an die Gemeinden. Die Verteilung ist errechnet auf Grund umfangreicher Erhebungen, die das Reich im Einvernehmen mit den Ländern durchgeführt hat. Grundsätzlich trägt das Reich vier Fünftel der Kosten, während die Länder ein Fünftel aufzubringen haben.

Fünf-Länder-Konferenz?

Frankreich scheint einzulenken

Eigener Bericht des „Vormärts“

Genf, 24. November.

Die Verhandlungen des Reichsaußenministers über die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands haben zu einer weitgehenden Entspannung der Differenzen geführt. Der erste Anstoß zu dieser günstigeren Wendung ging von Deutschland aus, das den ersten Teil des englischen Abrüstungsvorschlages als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung bezeichnete. Frankreich, das sich einer Uebereinstimmung von Deutschland,

England, Italien und Amerika über diese Grundlage gegenüberhat am Donnerstag ebenfalls eine Geste der Annäherung gemacht. Paul Boncour hat sich bereit erklärt, auf der Grundlage des französischen Planes und unter Berücksichtigung des englischen in einer Fünfer-Konferenz über die Gleichberechtigung und Sicherheit zu verhandeln. Diese Anregung und der Wunsch zu einer Aussprache sind zwar noch nicht offiziell der deutschen Delegation übermittelt worden. Diese hat jedoch angefangen der neuen Sachlage zu verstehen gegeben, daß sie zu informativem Besprechungen mit allen anderen Mächten bereit sei.

Briefe, Briefe!

Papen an Hitler, Hitler an Papen

Um das ganze großartige Durcheinander der grundtätiglichen neuen Staatsführung zu kennzeichnen, ist es notwendig, auch den Inhalt einiger weiterer Briefe zur Kenntnis zu nehmen, die jetzt veröffentlicht werden. So hat Herr von Papen am 13. November einen Brief an Hitler geschrieben, in dem er ihn daran erinnert, daß er,

Hitler, bei der Betrauung Papens die geplante nationale Konzentration wärmstens begrüßt

und die Unterstützung eines solchen Präsidialkabinetts zugelassen habe. Erst nach der Wahl vom 31. Juli sei eine Wendung eingetreten. Zum Schluß fordert Papen im Sinne des ihm von Hindenburg erteilten Auftrags Hitler auf, sich der Aussprache mit dem augenblicklich verantwortlich führenden deutschen Staatsmann nicht zu verweigern.

Hitler antwortete darauf am 16. November, er ziehe einen schriftlichen Gedankenaustausch vor, da er bei mündlichen Unterredungen mit Papen schlechte Erfahrungen gemacht habe. Er habe eine Blankovollmacht für die Papen-Regierung von Anfang an abgelehnt und die weitere Entwicklung habe ihm recht gegeben. Er habe auch nicht die ganze Macht für sich gefordert, sondern

er sei im August bereit gewesen, Papen als Reichsaußenminister, Schleicher als Reichswehrminister zu übernehmen,

alle anderen Posten, außer dem Reichsinnenminister und zwei, drei belanglosen Ministerien, hätten mit Nationalsozialisten besetzt werden sollen. Diese „mehr als beschlossene Forderung“ hätte Papen damals mißdeutet. Darum habe er keine Lust, das Verfahren des 13. August an sich wiederholen zu lassen, wobei er

durch eine List zur Unterredung mit dem Reichspräsidenten gelockt worden sei.

Nach der Wahl vom 6. November sei eine Mehrheit nur noch mit den Deutschnationalen möglich, den anscheinend von Papen gehegten Plan einer Einbeziehung der Sozialdemokratie (!!) lehne er von vornherein ab. (Dieser naive Plan ist von der Sozialdemokratie niemals in Erwägung gezogen worden. Schärfster Kampf gegen Papen ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Red. d. „V.“) Die Deutschnationalen hätten vor den Wahlen jedes Zusammengehen mit dem Zentrum als nationalen Verrat gebrandmarkt, der Reichskanzler möge ihm doch mitteilen, ob sich Hugenberg nun doch eines anderen besonnen habe.

Dier Bergleute wurden am Donnerstagabend durch Einsturz im Delbrüschacht bei Hindenburg (O. S.) eingeschlossen. Rettungsarbeiten im Gange.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Hierzu 2 Beilagen

WERTHEIM

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Ochsen-Suppenfleisch 0.48
- Ochsenbrust Pf. 0.48
- Ochsen-Schmorfleisch
- schier aus der Keule, Pf. 0.68
- Ochsenulasch auch gem. 0.68
- Ochsenroulade . . . Pf. 0.78
- Kalbshamm u. Blatt Pf. 0.48
- Kalbabrust Pf. 0.48
- Kalbshotelet Pf. 0.78
- Schweineschinken Pf. 0.68
- Kaßler frisch geräuch. Pf. 0.72
- Lamm-Vorderfleisch Pf. 0.48
- Lammrücken Pf. 0.68
- Lammkeule o. Beilage Pf. 0.78
- Zungen Pf. 0.78
- la Berl. Bratwurst. . . Pf. 0.78

Jeden Freitag u. Sonnabend
Frische Blut- u. Leberwurst
Pfund **48 Pf.**

Obst

- Graubirnen 2 Pf. 0.25
- Tiroler Eßäpfel . . . 2 Pf. 0.25
- ES- u. Kochäpfel . . 2 Pf. 0.25
- Schöner v. Boskop Pf. 0.20
- Amerik. Äpfel . . . 3 Pf. 0.25
- Krim-Äpfel Pf. 0.28
- Kiste ca. 45 Pf. brutto 0.75
- Apfelsinen 3 Pf. 0.47
- Feigen 2 Pak 0.35 . . Pf. 0.20
- Wal- u. Haselnüsse Pf. 0.30
- Datteln . . Karton 0.38 Pf. 0.38
- Weintrauben koll. u. span. 0.38

Gemüse

- Rot- u. Weißkohl 3 Pf. 0.10
- Wirsingkohl, Möhr. 3 Pf. 0.10
- Sellerie Pf. 0.05
- Märk. Rübchen . . . 4 Pf. 0.15
- Blatspinat 3 Pf. 0.20
- Rosenkohl 2 Pf. 0.25
- Schwarzwurzeln . . 2 Pf. 0.45

Fische

- Kabeljau o. K., gr. F. Pf. 0.24
- Seelachs, Rotbars gr. F. 0.24
- Schellfisch Pf. 0.18 0.25
- Kabeljaufilet Pf. 0.36
- Bratschollen 3 Pf. 0.25
- Frische Bleie . . . 3 Pf. an 0.28
- Grüne Heringe . . . 3 Pf. 0.35
- Frischer Zander . . . Pf. 0.35
- Leb. Plötzen Pf. 0.22
- Leb. Hechte Pf. von an 0.60
- Leb. Spingelkarpfen an 0.60

geräuchert

- Dorsch 2 Pf. 0.35
- Sprotten Pf. 0.26 Kiste 0.32
- Flundern Pf. 0.14 0.35
- Lachs in Stücken . . Pf. an 1.25
- Fischmarinad. /, Lt.-Dr. an 0.48

Bücklinge
2 Pfund **45 Pf.**

Billige Lebensmittel

Sowcit Vorrat:

Konserven

- Gemüse-Erbisen 0.50
- Erbisen . . Kaiser 1.20 feiz 0.88
- Leipziger Allerlei 0.70
- Pflaferlinge 0.80
- Br.-Spargel ohne Köpfe . . 0.95
- Bruch-Spargel extra stark 1.45
- Stg.-Spargel extra 1.60 mit 1.40
- Sellerie gerippe 0.80
- Aprikosen kalif. 1/2 Frucht 0.82

Kolonialwaren

- Bosnisch. Pflaumen 0.25 0.32
- Bakobst gemischt . . . 0.35 0.48
- Kalif. Pflaume Pf. 0.48 0.60
- Bruchreis 0.11 Taf. 0.12 0.18
- Haferflocken Pf. 0.18
- Weiß. Bohnen Pf. 0.12 0.16
- Viktorien-Erbisen Pf. 0.18 0.24
- Makkaroni Bruch, Pf. 0.35 0.45
- Eier-Schnittnudeln 0.35 0.50
- Kaffee gebr. Pf. 1.90 2.40 2.60

Wurst

- Blut-, Leber-, Sülzw. Pf. 0.60
- Dampf-, Fleischwurst . . 0.75
- Landleber u. Jagdwurst 0.84
- Feine Leberwurst . . . 0.98 1.08
- Mettw. (Br. Art), Bockw. 0.95
- Holst. Zervelat u. Salami 1.15
- Teewurst feine u. grobe, Pf. 1.18
- Pastetenleberwurst Pf. 1.24
- Speck fen. Pf. 0.88 mager 0.98
- Schinkenspeck i. Sa. Pf. 1.18

Käse u. Fett

- Camembert vollf. Halbb. 0.24
- Camembert vollf. 6 Port. 0.28
- Harzerkäse zu 1-Pf. Pak. 0.25
- Emmentaler Art 6 Port. 0.48
- Limburger Pf. 0.48 vollf. 0.74
- Brikäse vollfest . . . Pf. 0.65
- Tils., Steinbuscher vollf. 0.68
- Edamer, Holländer vollf. 0.72
- Margarine 3 Pf. 0.78
- Kokosfett 3 Pf. 0.81
- Molkereibutter Pf. 1.18 1.38
- Markenbutter . . . Pf. 1.44
- Schmalz 0.50 mit Griech. 0.56

Geflügel, Wild

- Hühner frisch . . . Pf. 0.72 0.84
- Brathühner Pf. 0.96 1.10
- Birkhühner Stück 1.88 1.98
- Hafermastgänse . . . 0.75 0.85
- Enten junge Pf. 0.80 0.98

- Hasen Pf. 0.68 0.78
- Kaninchen Pf. 0.60 0.68
- Wild-Blatz Ruck. Keule
- schwein von an 0.88 0.78 0.98
- Hirsch Pf. v. an 0.48 0.58 0.78
- Reh Pf. von an 0.72 1.05 1.18
- Wildragout Pf. 0.32

Wein

- 31 Hainf. Kappellenberg 0.70
- 28 Mandler Rosengart. 1.00
- 4 empfehlenswerte Naturweine
- 30 Wütinger Kupp 1.30
- 28 Rüdesh. Engerweg . . 1.50
- 28 Chät. Beaujour . . . 1.25
- 28 La Fleur Margaux . . . 1.75
- Makammer 0.95 5 Lt. 4.50
- Rotwein 1.10 3 Lt. 5.25
- Weinbrand 3 Kressen. Liter 4.00

Was die Arbeiterwohlfahrt leistet

Laßt Zahlen sprechen!

Ein Bild der gewaltigen Leistungen der Arbeiterwohlfahrt innerhalb der in Deutschland aufgebrauchten Sozialarbeit veranschaulichen folgende Zahlen aus dem letzten Jahr:

1200 Nähstuben hat die Organisation in Betrieb, die gerade im letzten Winter mit für die Bekleidung der Allerärmsten sorgten.

3000 Nähmaschinen arbeiten in diesen Nähstuben der Arbeiterwohlfahrt unter den Händen ebenso vieler ehrenamtlicher Helferinnen aus dem Kreis der organisierten Genossinnen.

310 000 durchgeführte Beratungen auf allen Gebieten der Sozialarbeit zeugen von dem breiten Vertrauen des Arbeitsvolkes in Kraft und Willen der Organisation.

1408 Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt standen im Reich diesem Zweck zur Verfügung. Ihre Zahl dürfte in diesem Jahr noch gewachsen sein.

198 000 Kinder durfte die Arbeiterwohlfahrt in einem Jahr ihrer Erholungsfürsorge bei Sonne, Luft und Wasser unter Kontrolle fachverständiger Ärzte zuführen.

10 000 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen aus dem Arbeitsvolk stellen sich jedes Jahr bereitwillig mit großen Opfern an Zeit und Arbeit dem Liebeswerk zur Verfügung.

12 500 Fälle in der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge wurden von der Arbeiterwohlfahrt in einem Jahr betreut.

135 000 ehrenamtliche Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt gibt es im ganzen in Deutschland, auf deren Schultern sich die gewaltige Arbeit der Organisation verteilt.

15 eigene Kindererholungsheime sprechen in Deutschland von dem finanziellen Aufwand, den die Arbeiterwohlfahrt im Dienste der Volksgesundheit leistet.

4 große Erholungs- und Ferienheime für Erwachsene sind Eigentum der Arbeiterwohlfahrt und bringen jährlich vielen Hunderten körperlich und geistlich heruntergekommenen Menschen die so dringend benötigte Entspannung.

6 Müttererholungsheime und 1 Frauenerholungsheim gehören ebenfalls der Arbeiterwohlfahrt. 49 Kinderheime, Kindergärten und Kinderhorte unterhält in ganz Deutschland die Arbeiterwohlfahrt.

45 Jugendheime hat die Arbeiterwohlfahrt bisher nach und nach in ganz Deutschland errichtet. Dazu kommen noch eine Anzahl eigener Ledigenheime, Studentenheime, Jugendherbergen, Wohnheime, Wärmehallen, Wärmestuben usw.

Nun wendet sich die Weihnachtslotterie 1932 der Arbeiterwohlfahrt wieder an den Opfergeist der Werktätigen. Dieser Appell wird nicht vergeblich sein.

Pacht nicht zahlen könnten. Außerdem sei es den Verpächtern auch möglich, für dauernd kleingärtnerisch benutzte Flächen die Niederlegung der Grundvermögenssteuer zu verlangen, sofern die Pachteinahmen hinter der steuerlichen Belastung zurückblieben.

Nachdem ein deutschnationaler Redner erklärt hatte, daß eine solche Pachtherabsetzung die Abneigung der Verpächter gegen das Kleingartengebiet noch mehr verstärken werde, wurde der Antrag angenommen.

D-Zug Leipzig entgleist

Zwanzig Personen, davon acht Berliner, verletzt

Leipzig, 24. November.

Die Reichsbahndirektion Leipzig teilt mit: Am 24. November, nachmittags 4.43 Uhr, fuhr bei der Einfahrt in den Leipziger Hauptbahnhof der D-Zug 30 auf eine im gleichen Gleis stehende elektrische Lokomotive auf. Hierbei entgleiste die Jugolokomotive und neigte sich zur Seite. 20 Personen wurden leicht verletzt. Darunter befinden sich acht Personen aus Berlin und sieben Vororten.

Der Zugverkehr wurde nur in geringem Maße verzögert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Das wertvolle Platin

Diebstahl in der Strafanstalt Tegel

Eine umfangreiche Diebstahlsangelegenheit, bei der es sich um die Entwendung erheblicher Mengen Platin aus der Strafanstalt Tegel handelt, beschäftigt gegenwärtig die Justizbehörden.

Eine Berliner Metallwarenfabrik unterhält in der Tegeler Anstalt eine Werkstatt, in der Strafgefangene unter Aufsicht von Justizwachmeistern mit dem Auseinandernehmen von alten Fernsprechkörnern beschäftigt sind. Es gelang den Gefangenen, im Laufe der Zeit eine große Anzahl der im Innern der Hörer befindlichen Platinkontakte beiseite zu schaffen. Diese wertvollen Stücke sind in Briefen, die von Justizbeamten befördert wurden, aus dem Gefängnis geschmuggelt worden. Den Beamten war der Inhalt dieser Briefe nicht bekannt.

Als Haupttäter ist der ehemalige Oberleutnant Bedenk ermittelt worden, dessen Braut die Platinkontakte bei einem Berliner Edelmetallhändler abzusetzen versuchte. Die weiteren Ermittlungen richten sich auch gegen einen Justizwachmeister, der der Beihilfe verdächtigt ist.

Absturz beim Fensterputzen

Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr im Zentrum der Stadt, an der Ecke der Friedrich- und Schützenstraße. Dort stürzte der 28 Jahre alte Fahrstuhlführer Erwin Lachow aus einem Fenster des zweiten Stockwerks des Hauses Friedrichstr. 203 auf die Straße, wo er mit schweren Verletzungen bewußtlos liegenblieb. Die herbeigerufene Feuerwehr brachte den Verunglückten in die Charité, wo er nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erlag. L. hatte seiner Frau beim Fensterputzen geholfen und dabei anscheinend das Gleichgewicht verloren. Die Schreckenszene hatte in der belebten Friedrichstraße eine große Menge an die Unglücksstelle gelockt.

Anklage gegen Geiffert

Reichsbankrat kein Bankfachmann?

Die Staatsanwaltschaft I hat jetzt das wegen des Zusammenbruchs der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. eingeleitete Ermittlungsverfahren abgeschlossen und gegen den ehemaligen Direktor dieser Bank, Willi Geiffert, Anklage wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue erhoben. Die Ermittlungen gegen den früheren Landtagsabgeordneten der Wirtschaftspartei Ladendorff sowie gegen Le Bisieur und Knaake sind jedoch eingestellt worden, denn die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß Geiffert als alleiniger Leiter und nahezu alleiniger Aktionär der Bank es verstanden habe, Dritten den Einblick in die Geschäftsgebarung der Gesellschaft zu verwehren, und daß die weder bankfachmännisch vorgebildeten noch bilanzkundigen Mitglieder des Aufsichtsrats Ladendorff, Knaake und der Direktor Le Bisieur, die dem Angeklagten ihr uneingeschränktes Vertrauen schenkten, nicht fähig waren, rechtzeitig die Schwächen der Bank zu erkennen.

Die staatsanwaltliche Feststellung, daß auch Herr Ladendorff, einstmalig Hauptling der Berliner Hausagrarier und wütender Sozialistenfeind, weder bankmäßig vorgebildet noch bilanzkundig sein soll, ist besonders amüsan und lehrreich, denn Ladendorff war seit 1900 aktiver Reichsbankrat.

Kleingartenpacht niedriger

Ein sozialdemokratischer Erfolg

Die sozialdemokratische Fraktion des Stadtgemeinderats hatte einen Antrag eingebracht, den Punktwert für die Ermittlung der Kleingartenpacht von 0,29 Pfennig auf 0,15 Pfennig, also um 25 Proz., herabzusetzen.

Stadtrordner Genosse Reinhold wies in seiner Begründung darauf hin, daß das Kleingartengebiet den unteren Verwaltungsbehörden die Aufgabe zeweise, den Ertragswert der

Grundstücke, der die Grundlage für die Bemessung der Pachtflöhe bildet, von sich aus festzusetzen. Da nun infolge der Agrarkrise alle Preise, auch die der gärtnerischen Erzeugnisse, gefallen seien, wäre natürlich der Ertragswert kleingärtnerisch genutzter Grundstücke nicht mehr so hoch wie im Jahre 1924 bei der ersten Festsetzung des Punktwertes. Seine Herabsetzung erscheine deshalb gerechtfertigt, zumal die zahlreichen Er-

werbslosen in den Reihen der Kleingärtner eine solche Ersparnis gerade in der jetzigen Notzeit dringend gebrauchen könnten. Der etwaigen Befürchtung, daß die dadurch eintretenden Mindererträge den Widerstand der Verpächter herbeiführen werden, müsse er die Tatsache entgegenhalten, daß schon jetzt umfangreiche Pachtrückstände vorhanden wären, weil eben viele Erwerbslose einfach die höhere

Devisenschieber Tillich

Prozeß im ordentlichen Verfahren

Der aufsehenerregende Devisenprozeß mit den sieben Angeklagten ist ganz unerwartet verklagt worden. Nach eingehender Vernehmung der Angeklagten, die den ganzen Tag in Anspruch nahen, beantragte der Staatsanwalt, die Sache ins ordentliche Verfahren überzuführen, da sie der Klärung in einer Voruntersuchung bedarf. Gegen sämtliche Angeklagte, also auch gegen Geheimrat Tillich, wurden Haftbefehle erlassen. Bloß Oberst a. D. Schenk wurde auf freien Fuß gesetzt.

Die Verhandlung gestaltete sich äußerst spannend. Im Mittelpunkt des Interesses stand selbstverständlich der Geheimrat Tillich, der in der Angelegenheit keine beneidenswerte Rolle spielt. Seine Verteidigung war wenig überzeugend. Er erzählte, daß der Angeklagte Borchardt, früher Generalbevollmächtigter von Thosien, ein alter Bekannter, ihn eines Tages in seinem Amt im Wohlfahrtsministerium besuchte und sich bereit erklärte, ihm nach seiner Pensionierung zu irgendeinem Posten zu verhelfen. Einige Zeit darauf schlug er ihm vor, Aufsichtsratsvorsitzender in einer neugegründeten Erdölgesellschaft in Hannover zu werden. Er müsse aber zwei Bankkonten in der Dresdner Bank einrichten. Er, Tillich, habe sich dabei nichts Schlimmes gedacht und habe sich damit einverstanden erklärt. Als der Staatsanwalt ihm vorhält, daß er trotz wiederholter Anfragen der Dresdner

Bank über die Herkunft der Effekten keine Auskunft gegeben habe, weiß der Geheimrat Tillich nichts Geheimnis zu erwidern. Er bestreitet aber, daß die Summen, die er von Borchardt erhalten hat, ein Entgelt für die Hergabe seines guten Namens gewesen sei; sie stellten nur einen Borschuh für seine spätere Aufsichtsratsstätigkeit dar.

Noch weniger einleuchtend waren die Erklärungen des Geheimrats Tillich in dem zweiten ihm zur Last gelegten Devisengeschäft. Borchardt habe ihm gesagt, so erklärt er, daß ein Industrieller, der nicht genannt sein wolle, und der früher links eingestellt gewesen sei, jetzt verärgert über die Politik der Linken, im nationalen Interesse den Reichskanzler von Papen unterstützen wolle und daher dem deutschnationalen Erwerbslosenverband in Form von Effekten eine größere Stiftung zur Wahlpropaganda für die Reichsregierung machen wolle. Geheimrat Tillich verwahrte sich entschieden dagegen, daß er es bei der Eingabe an den Reichskanzler von Papen, die beschlagnahmte Summe von 41 000 M. im nationalen Interesse zur Wahlpropaganda für die Reichsregierung freizugeben, auf eine Täuschung abgesehen habe. Ob Geheimrat Tillich tatsächlich getäuscht worden ist oder ob er sich sehr gern hätte täuschen lassen, wird erst die weitere Untersuchung ergeben. Eins steht jedoch bereits heute fest: In dieser Devisenaffäre ist mit Mitteln gearbeitet worden, wie man sie bisher noch nicht erlebt hat.

Wer mit der Zeit geht



raucht Juno!

Jede Stunde des Tages gehört der Juno!

Gleichgültig wo, gleichgültig wann,
immer und überall treffen Sie auf die gute

JUNO.

Das sind Tatsachen, die stärker als Worte dafür sprechen, daß unser Grundsatz:

„Alles für die Qualität“

und nichts für Wertmarken, Gutscheine oder Stickerereien, von der Raucherwelt anerkannt wird.

Juno wirkt nur durch ihre Güte!

NON
LINON



6 STÜCK 20

Liebeszauber in Steglitz

Ueble Praktiken eines Astrologen

Bei einer Untersuchung der Kriminalpolizei über die sonderbaren Heilmethoden und Praktiken eines Steglitzer Astrologen Joh. W. K. M. A. M. A. M., die auf Grund einer Anzeige eines Berliner Kaufmanns eingeleitet wurde, haben sich eigenartige Dinge herausgestellt, die ein Schlaglicht auf die Tätigkeit des „Indischen Weisen“ werfen. Selbst der in allen Hintertreppen- und Schauromanen immer noch vorkommende „Liebeszauber“ spielt eine Rolle.

Die Frau eines Berliner Maklers hatte während der Dauer der Behandlung durch den Mann zweimal einen Selbstmordversuch unternommen. Später brach bei ihr Verfolgungswahnsinn aus, so daß die Unglückliche in eine Heilanstalt übergeführt werden mußte. Ueber diese Vorgänge sind jetzt nähere Einzelheiten bekannt geworden.

Die Frau des Maklers hatte durch eine Bekannte von der Tätigkeit des Steglitzer Astrologen gehört und begab sich in seine Behandlung. Gegen entsprechende Honorare erhielt sie sogenannte „Sympathiemittel“ und wurde auch — da sie sehr nervös war — mit magnetischen Strahlen behandelt. Ihr Zustand verschlimmerte sich aber so sehr, daß sie danach zweimal Selbstmordversuche unternahm. Die unglückliche Frau lebte in der Furcht, daß der Astrologe sie verfolge und ständig

mit dem Tode bedrohe. Sie war schon so sehr unter seinen Einfluß geraten, daß sie in eine Heilanstalt übergeführt werden mußte.

Der Astrologe aus Steglitz ist schwer morphiumfüchtig und außerdem fast gelähmt, er kann sich nur in einem Rollstuhl bewegen. Um seinen „Patienten“ zu imponieren, wickelte er sich einen doppelten Turban um den Kopf und sah darin aus wie ein Indier. Ueber seinem Schreibtisch befindet sich sein Kontorfel, das ihn in einem weinroten Samtmantel und dem Turban in maleischer Haltung zeigt. Der Astrologe gab sich — obwohl er in einem kleinen Ort bei Köln geboren wurde — als „indischer Weiser“ aus. Küher seinen Medikamenten, die er in — Käseschachteln verpackte.

fabrizierte er auch zum Beispiel noch Salben für Liebesranke.

Diese Salben waren dazu bestimmt, einer Frau die Liebe eines Mannes wieder zu erringen oder in einem Mann die Liebe zu der Frau erstehen zu lassen. Die Paste mußte in den Händen verrieben werden, die die Frau dann dem Betreffenden reichte. Der Spaß kostete 80 bis 100 Mark. Weiter „behandelte“ der Astrologe auch Bilder von abspenstigen Geliebten. Die Damen, die um den Verlust

ihrer Kavaliere weinten, mußten dessen Bild auf dem bloßen Körper tragen und es dann dem Astrologen überlassen. Dieser schlug um das Bild „Himmelskreise“ und besprach es! Die Prozedur kostete 140 Mark. Durch die Untersuchung der Polizei ist dem sonderbaren Heiligen aus Steglitz das Handwerk gelegt worden.

5 Räuber erbeuten 1,70 M. Raubüberfall auf Eierhandlung

Ein Angestellter einer Eierhandlung, der in einem Zimmer hinter dem Geschäft in der Choriner Straße 11 wohnt, bekam in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr unerwarteten Besuch. Durch das nach dem Hof zu liegende Fenster stiegen fünf finstere Gestalten ein, die ihn mit einer Pistole bedrohten und dann in den Ladenraum eindringen, wo sie eine gutgefüllte Kasse erwarteten. Sie hatten jedoch Pech und fanden nur 1,70 Mark, die sie einsteckten, und auf demselben Wege, wie sie gekommen waren, verschwanden sie wieder. Es gelang ihnen auch, mit ihrer beschriebenen Beute, die gerade für eine „Raubertage“ reicht, unerkannt zu entkommen.

4500 Schöffen und Geschworene

Der Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen beim Amtsgericht Berlin-Mitte hat in diesen Tagen die für die Sitzungen des Jahres 1933 beim Amtsgericht Berlin-Mitte einschließlich des Jugendgerichts und beim Landgericht I erforderlichen Schöffen und Hilfschöffen, Geschworenen und Hilfsgeschworenen ausgewählt. Insgesamt wurden 4500 Personen bestimmt, darunter 4160 Schöffen und Hilfschöffen einschließlich der Schöffen für das Jugendgericht, und 350 Geschworene und Hilfsgeschworene. Der Ausschuss ist bemüht gewesen, alle Berufsklassen gleichmäßig heranzuziehen. 33 Proz. entfallen auf Arbeiter, 25 Proz. auf selbstständige Handels- und Gewerbetreibende, 25 Proz. auf Angestellte und Beamte, 17 Proz. auf andere Berufe und Berufslose. Unter den Gewählten befinden sich 10 Proz. Frauen.

Für Gertrud Bindernagel Hinterbliebene

Kind und Mutter der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Sängerin Gertrud Bindernagel befinden sich in großer finanzieller Not. Es wird um Unterstützung der Hinterbliebenen gebeten. Spenden können auf das Postkassenkonto Berlin 72 000 oder bei sämtlichen Depositenkassen der Deutschen Bank eingezahlt werden. In beiden Fällen lautet das Konto: Intendant Karl Ebert, mit dem Zusatz: „Für Kind und Mutter von Gertrud Bindernagel“. Am 3. Dezember, um 23,15 Uhr, veranstaltet die Intendantin der Städtischen Oper eine Wohltätigkeitsveranstaltung, deren Reinertrag für die Hinterbliebenen gedacht ist, unter dem Slogan „Wettstreit der Nächstenliebe“.

Jernsprechermittlungsstellen Emser Platz und Wilmersdorf. Wir weisen darauf hin, daß in der Nacht zum 27. November die zum Jernsprechamt West in Berlin-Wilmersdorf (Walzburger Str. 42) gehörigen neuen Vermittlungsstellen mit Selbstanschlußbetrieb Emser Platz (Rufzeichen H 6) und Wilmersdorf (Rufzeichen H 7) in Betrieb genommen werden. Für jede Verbindung muß zuerst das Rufzeichen gewählt werden.

weil sonst Fallschloßverbindungen entstehen. Dann folgt die Rufnummer des Teilnehmeranschlusses, die sich stets aus vier Ziffern zusammensetzt.

Ein Kirchenaustrittsabend veranstaltet am Freitag, dem 25. November, abends von 6 bis 8 Uhr, die Freireligiöse Gemeinde Berlin in der Bappelleer 15, um denen die tagüber verhindert sind, auf das Amtsgericht zu gehen, Gelegenheit zu geben, aus der Kirche auszuweichen. Wer mit Schluß des Kirchensteuerjahres von der Zahlungspflicht entbunden sein will, muß bis zum 31. Dezember seinen Austritt erklärt haben. Im anderen Falle muß er die Kirchensteuer weiter zahlen.

2. Kreis Tiergarten. Heute, Freitag, 25. November, große Vorstandssitzung mit den Bezirksparteitagdelegierten, um 20 Uhr, bei Gausch, Bredowstraße 35 Ecke Wickestraße.

In wenig Worten

Auf den Inhaber eines Trödelkellers in der Linienstraße 10, einen alten Mann, wurde gestern abend von drei jungen Burken ein Überfall verübt. Der Überfallene schrie um Hilfe, so daß die Täter die Flucht ergriffen. Alle drei konnten nach längerer Verfolgung festgenommen werden.

Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete drei Männer und eine Frau, die überführt sind, falsche Fünfmarkstücke hergestellt und in den Verkehr gebracht zu haben. Der Umfang der Fälschung steht noch nicht fest.

Auf dem Bahnhof Reme in Posen fuhrten einige mit Eisen beladene Waggons gegen einen Brellbock, rissen ihn um und stießen gegen einen Anbau des Bahnhofgebäudes. Dabei wurde das Bremsgehäuse eines Waggons zertrümmert und der darin sitzende Eisenbahner Tetz getötet.

Die Fischerei in der Deutschen Bucht und an der gesamten Nordseeküste ist wegen des stürmischen Wetters der letzten Tage eingestellt worden. Die Fischerfahrzeuge haben Schutzhäfen angelaufen.

Das Reichsgericht Leipzig verwarf die Revision des Schutzheißdirektors Erich Benzlin als unbegründet. Damit ist die gegen Benzlin wegen Bilanzverschleierung verhängte Geldstrafe von 10 000 M. rechtskräftig geworden. Die gegen den Hauptangeklagten Generaldirektor Ragenellenbogen verhängte Gefängnisstrafe von drei Monaten und die Geldstrafe von 10 000 M. bleibt bestehen.

Bei Marburg a. d. Bahn, wo zur Zeit Sprengungen vorgenommen werden, um Erde für den Ausbau der Auto-Umgehungsstraße zu gewinnen, erfolgte heute eine Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und drei Arbeiter schwer verletzt wurden. Die Explosion wurde dadurch verursacht, daß von einer Sprengung am Portage in der Erde eine Sprengpatrone stecken geblieben war, die bei den heutigen Arbeiten von einer Spitzhacke getroffen wurde.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: kühl, veränderlich, geringe Regenfälle, etwas abnehmende westliche bis nordwestliche Winde. — In Deutschland: überall kühles, veränderliches Wetter, vielfach noch geringe Niederschläge, im Mittelgebirge Schneefälle, abnehmende westliche bis nordwestliche Winde.

Neues Jugendheim

Kursus für erwerbslose Mädchen

Das Bezirks-Wohlfahrts- und Jugendamt Weihensee hat jetzt als Ersatz für die von der Schulverwaltung gebrauchten Räume des bisherigen Jugendheims im Ortsteil Hohenschönhausen ein neues Heim in der Hauptstr. 44 I. Etage eingerichtet.

Das Heim besteht aus zwei freundlichen Vereinszimmern und ist mit Schränken eingerichtet, die den benutzenden Vereinen zur Verfügung gestellt werden. Anschlüsse für Lichtbildapparate sind vorhanden. Die Vergabe der Räume erfolgt auf Antrag nach den von den städtischen und staatlichen Behörden erlassenen Bedingungen an Vereine, die dem Ortsausschuß für Jugendpflege und Weihensee des Bezirks Weihensee angeschlossen sind. Die Benutzung ist bis auf Widerruf kostenlos.

In den neuen Räumen des Jugendheims Hohenschönhausen wird im Laufe des Monats November ein Kursus für erwerbslose Mädchen eingerichtet. Die Teilnehmerinnen werden im Nähen und Hauswirtschaft unterrichtet. Die Teilnahme ist unentgeltlich. Willkommen ist jede Jugendliche von 14 bis 21 Jahren, die bereit ist, an dem Lehrgang regelmäßig teilzunehmen und sich freiwillig zur Einhaltung der Disziplin verpflichtet. Anmeldungen werden im Bezirksjugendamt Weihensee, Viktoriustr. 17, Zimmer 43/44, oder beim Heimwart Behmann, Hohenschönhausen, Hauptstr. 44, entgegengenommen.

Reichstagung der Republikaner. Der Deutsche Republikanische Reichsbund hat eine Reichskonferenz einberufen, um den hinter ihm stehenden republikanischen Spitzenorganisationen Gelegenheit zur Aussprache und Stellungnahme zur innerpolitischen Lage zu geben. Sonnabend, den 26. d. M., 18 Uhr, tagt der unter Reichstagsabgeordneten Paul Böbe, Oberbürgermeister Dr. Luppe-Rürnberg und Ministerialdirektor Dr. Spicker stehende Reichsvorstand und Reichsausschuß, um über organisatorische Fragen zu beraten. Die politische Aussprache, zu der Delegierte aus allen Teilen des Reiches angemeldet sind, findet am Sonntag, dem 27. d. M., vormittags 10 Uhr, in den Räumen des Demokratischen Klubhauses, Berlin W 10, Viktoriast. 24,

statt. Referate von Staatssekretär Dr. A. Begg, Kommandeur z. D. Heimannsberg, Reichstagsabgeordneten Kurt Heining usw. sind vorgesehen. Zutritt zu den Veranstaltungen ist auf Vertreter republikanischer Organisationen beschränkt.

Die AGA. tagte

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte Deutschlands hielt ihre Hauptmitgliederversammlung ab. Stadtdirektor Dr. Korach hielt ein Referat über die Bedeutung der Berliner Verwaltungsreform für das öffentliche Gesundheitswesen. Es folgte der Bericht des Vorstandes über die während der beiden letzten Jahre geleistete Arbeit. Die einstimmig vorgenommene Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Dr. Korach, Vorsitzender; Dr. Jaffe und Dr. Meyer-Brodnik, stellvertretende Vorsitzende, Dr. Birnbaum, Schriftführer; Dr. Krüger, Schatzmeister; ferner Zahnarzt Dr. Drucker, Dr. Friedberger, Dr. Graß, Dr. K. Kollwitz, Dr. Stulz, Dr. Sußmann, Dr. Bregmann (Magdeburg), Prof. Ansd (Hamburg).

Brennende Wohnlauben

In der Laubenkolonie „Nordland“ in der Kronprinzenstraße in Heinersdorf brannte gestern abend eine Wohnlaube, die aus mehreren Räumen bestand, völlig nieder. Durch den Brand ist der Besitzer, ein junger Mann, um seine gesamte Habe gekommen. Die Feuerwehr versuchte mit allen Mitteln das Häuschen zu retten. Da die Hydranten von der Brandstelle aber nahezu 200 Meter entfernt waren, verging viel kostbare Zeit, so daß die Laube in Flammen aufging. Ein starker Feuerschein war weit bis in die Stadt hinein zu sehen. Das Feuer ist vermutlich durch Funkenflug aus einem schadhaften Ofenrohr entstanden.

Auf dieselbe Ursache scheint ein Wohnlaubenbrand zurückzuführen sein, der in den späten Nachmittagsstunden in der Kolonie „Parkheim“ in Reinickendorf-Ost die Feuerwehr längere Zeit beschäftigte. In diesem Falle konnte jedoch ein Teil des Häuschens gerettet werden.

KARSTADT'S Lebensmittel

Bestellungen über 5,00 Mark unter F 6 Baerwald 0012 werden prompt erledigt. Für Sonnabend müssen sie Freitag in unserem Besitz sein

KOLONIALWAREN

- Wien, Auszugmehl 5 Pfd. 1.15
- Hartgrieß-Makkaroni Pfd. 0.36
- Eierschnittnudeln Pfd. 0.38
- Gelbe Erbsen Pfd. 0.28, 0.22, 0.18
- Bohnen Pfd. 0.22, 0.18, 0.12
- Pfirsiche kalif. Pfd. 0.38, 0.45
- Ringäpfel Pfd. 0.56
- Pflaumen o. Stein Pfd. 0.75

BUTTER, FETTE, EIER

- Molkereibutter Pfd. 1.18
- Tafelbutter Pfd. 1.28
- Markenbutter Pfd. 1.44
- Margarine an 3 Pfd. 0.78
- Kokosfett 3 Pfd. 0.88
- Bratenschmalz Pfd. 0.50
- Dän. Blasenschmalz Pfd. 0.56
- Eier an 10 Stk. 0.75

DIVERSE KÄSE

- Feiner Harzer ca. 1 Pfd. Pak. 0.25
- Feinkostkäse 1/2 Schachtel 0.30
- Magdeh. Karbkäse 2 Stk. 0.35
- Limburger 20% Pfd. 0.42
- Tilsiter o. Rinde 20% Pfd. 0.44
- Edamer 20% Pfd. 0.56
- Steinbuscher vollf. Pfd. 0.88
- Edelpilz-Käse, vollf. Pfd. 0.85

WURSTWAREN

- Holst. Rot- u. Leberwurst Pfd. 0.58
- Landleberwurst Pfd. 0.84
- Bayr. Bierwurst Pfd. 0.88
- Cervelat u. Salami Pfd. 1.15
- Hambg. Gekochte Pfd. 1.25
- Speck mager Pfd. 0.98
- Schinkenspeck Pfd. 1.18
- Nußschinken Pfd. 1.28

DELIK., RÄUCHERW.

- Port, O'sardinen 5 Ds. 0.78
- O'sardinen ca. 300 g 0.50
- Fetheringe i. Tom. 3 Ds. 0.14
- Gewürz Gurken 1/2 Pfd. 0.15
- Ital. od. Heringsalat 1/2 Pfd. 0.15
- Bücklinge Pfd. 0.22
- Sprotten ca. 1 Pfd.-Kiste 0.32
- Makrelen Pfd. 0.30

SPIRITUOSEN

- Weinbrand Verschnitt 1/2 Fl. 2.35
- Weinbrand Spezial 1 L. m. Fl. 4.20
- Weinbr. Lab von Bingen 1/2 Fl. 4.10
- Jam. Rum Verschn. 38% 1/2 Fl. 2.80
- Jam. Rum Verschn. 45% 1/2 Fl. 3.25
- Korn-Ahre 1 L. m. Fl. 2.93
- Wacholder 1 L. m. Fl. 2.95
- Batavia Arac Verschn. 38% m. Fl. 3.25

KONFITÜREN

- Rhein. Spekulatius Pfd. 0.50
- Pfeffernüsse weiß, braun Pfd. 0.50
- Kräuter-Printen Pfd. 0.65
- Baumkuchenspitzen Stk. 0.10
- Marzipa-Karoffeln Pfd. 1.00
- Vellm. u. Macca-Schok. 100 g 0.20

KONSERVEN etc.

- Brechspargel extra stark 1/2 Ds. 1.45
- Spargelabschnitte 1/2 Ds. 0.85
- Junge Erbsen mittelfalt 1/2 Ds. 0.68
- Junge Erbsen 1/2 Ds. 0.58
- Haush.-Mischg. getr. Erb. 1/2 Ds. 0.35
- Jg. Schnittbohnen 1/2 Ds. 0.42

GEFLÜGEL UND WILD

- Fr. Suppenhühner an Pfd. 0.72
- Jg. Gänse an Pfd. 0.75
- Tauben an 5 Stk. 0.55
- Wildschweinblott an Pfd. 0.80
- Hasen gastr. u. ausgew. Pfd. 0.88
- Kaninchen Pfd. 0.60

OBST UND GEMÜSE

- Amerik. Tafeläpfel an 3 Pfd. 0.85
- Bananen Pfd. 0.24
- Almeria-Wein Pfd. 0.31
- Apfelsinen 3 Pfd. 0.47
- Rot. Weiß. Wirsingkohl 3 Pfd. 0.10
- Zwiebeln, Spinat 3 Pfd. 0.20

FRISCHE FISCH

- Seelachs o. K. an Pfd. 0.24
- Schellfisch mit Kopf an Pfd. 0.18
- Kabeljau o. K. an Pfd. 0.24
- Rotbars an Pfd. 0.24
- Fischfilet an Pfd. 0.28
- Grüne Heringe an 3 Pfd. 0.35

FRISCHFLEISCH

- Kalbsfricasse Pfd. 0.42
- Kalbskeule an Pfd. 0.58
- Hammragout Pfd. 0.42
- Ochs.-Suppenfleisch an Pfd. 0.48
- Schmorbraten gesp. o. Kn. Pfd. 0.78
- Käsebr.-Kamm an Pfd. 0.74

In den Dachhallen spielen im November Emil Roßz • Gerhard Hoffmann • Mengenabgabe vorbehalten • Verkauf soweit Vorrat
Verlangen Sie kostenlos an allen Kassen oder durch die Post unseren Spielwaren-Katalog und Geschenk-Ratgeber
U - BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT - BAHNHOF

Arbeitsraub statt Arbeitsbeschaffung

Sind die Bauarbeiter minderen Rechts?

Nicht Zehntel aller Bauarbeiter sind arbeitslos, ein Zustand, der mit sehr geringen Schwankungen und zeitweise noch dazu zu Ungunsten der Bauarbeiter bereits seit Jahren besteht. Selbst im Hochsommer betrug die Arbeitslosigkeit fast 70 Proz. Im Zeitalter des Wirtschaftsansturms, der Steuererhöhungen und der Lohnprämien sollte man annehmen, daß die verantwortlichen Körperschaften alles vermeiden, um die Lage der Bauarbeiter nicht noch mehr zu erschweren.

Seider ist das Gegenteil der Fall. Der sowieso schon eng begrenzte Bezirk regulär entlohnter Bauarbeit und damit der freie Arbeitsmarkt als Existenzquelle wird immer mehr eingeschränkt, obwohl immer wieder erklärt wird, der freiwillige Arbeitsdienst und die Notstandsarbeiten dürften nicht dem freien Arbeitsmarkt Aufträge entziehen.

Gegen solche Erklärungen wird aber seit langem, und zwar in einem Umfange verstoßen, der zu der Annahme berechtigt, daß dies im Einverständnis mit der obersten Behörde geschieht. Diese Auffassung bestätigt das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Bauwerksbundes. Ein Auszug aus dem Ergebnis der Umfrage zeigt, daß

in rund 40 Orten bei der Errichtung von rund 4000 Siedlerstellen mit einer Gesamtzahl von 7500 Beschäftigten zirka 3000 Baufacharbeiter ihre Arbeitskraft im „freiwilligen“ Arbeitsdienst hergeben müssen.

Außerdem werden 800 Baufacharbeiter im Für-

sorge-Pflichtarbeitsverhältnis beschäftigt. In Ostpreußen allein werden 119 Siedlungen im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet, also Hochbauten, von denen der Präsident der Reichsanstalt immer wieder erklärt hat, daß sie dem freien Arbeitsmarkt vorbehalten bleiben müssen. Priesterseminare, Jugendheime, Wirtschaftsgebäude, Wohnhaus- und Stallgebäude usw. werden heute in vielen Gegenden des Reiches im freiwilligen Arbeitsdienst unter Umgehung der dafür vorgesehenen tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen errichtet. Die 4000 Siedlerstellen sind ein hundertfältiger Verstoß gegen die sozialen Rechte der Bauarbeiterschaft. Einige weitere Beispiele mögen dies erläutern. Bei 100 Siedlerstellen im Gebiet der Stadt Gleiwitz müssen neben 122 Baufacharbeitern im freiwilligen Arbeitsdienst noch eine große Anzahl Fürsorge-Pflichtarbeiter hausgemachte Arbeiten ausführen. Bei Rastfeld werden an einer Kreisstraße 40 Bauarbeiter als Pfosterer im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt. In der Amtshauptmannschaft Zittau wird sogar eine Badeanstalt im Werte von 350 000 M. im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet. Unter den Beschäftigten an den Siedlerstellen in Bernerode befinden sich 208 Baufacharbeiter im freiwilligen Arbeitsdienst und 350 Baufacharbeiter im Fürsorge-Pflichtarbeitsverhältnis. So oder ähnlich liegen die Verhält-

nisse bei sämtlichen 4000 Siedlerstellen, die die Umfrage des Bauwerksbundes erfaßt hat.

Nicht nur der freiwillige Arbeitsdienst wird dazu mißbraucht, die elende Lage der Bauarbeiter noch mehr zu verschlechtern, auch jede Notstandsarbeit muß dazu herhalten.

Deshalb heute die Bauarbeiterlöhne sehr niedrig sind, machen zuständige Stellen von ihrer Befugnis, bei solchen Arbeiten die Löhne senken zu können, noch einen sehr unsozialen Gebrauch. Der Tiefbauarbeiterlohn im Reichsdurchschnitt von 221 Lohngebieten beträgt je Stunde 55,7 Pf., für Orte unter 50 000 Einwohnern sogar nur 48 Pf. Unter Berücksichtigung von Regen- und anderen Ausfalltagen entspricht das etwa einem täglichen Arbeitsverdienst von 4 M. Trotzdem werden diese Löhne noch

um 10, 20, ja, sogar bis zu 30 Pf. je Stunde bei Notstandsarbeiten durch Anordnung gesenkt!

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben den Reichsarbeitsminister auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen. Sie fordern die Abtrennung der Gemeinnützigkeit und Zufälligkeit im Sinne des § 139 WABG für Facharbeit im Siedlungsbau, für Neu- und Unterhaltungsarbeiten der Gemeinden. Für diese Arbeiten müsse der freiwillige Arbeitsdienst und die Fürsorge-Pflichtarbeit unbedingt ausgeschaltet und die Vergebung solcher Aufträge dem freien Arbeitsmarkt gesichert werden.

Auch müsse der unzulässige Druck durch Verhängung von Sperren, wenn der Arbeiter Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst verweigert oder aufgibt, aufgehoben werden. Die Gewerkschaften erwarten, daß durch Änderung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen für baldige Beseitigung der Härten Sorge getragen wird.

Die tarifliche Rechtslosmachung der Bauarbeiterschaft muß ein Ende haben. Die Bauarbeiter haben die gleichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger.

Arbeitslosenstreik

In Holzwinden haben die Wohlfahrtsvereinslosen, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zur Berrichtung von Pflichtarbeit herangezogen werden sollten, die Ausführung der Arbeit verweigert und sind in den Streik getreten, dem sich eine Anzahl Erwerbsloser aus dem Kreise angeschlossen hat. Sie verlangten höhere Fürsorge, die jedoch vom Kreisdirektor abgelehnt wurden. Schon am Montagabend warben Kinderpredigere für den Streik.

Bei den Wahlen zum Arbeiterrot auf der Grube „Maria-Hauptstadt“ im Kadener Revier, die bisher als kommunistische Hochburg galt, erlitten die Kommunisten eine empfindliche Niederlage. Ihre Stimmzahl ging um 210 oder 23 Proz. zurück, was einen Verlust von zwei Mandaten bedeutet. Es erhielten Stimmen: Freie Gewerkschaften 391 (350), zwei Mandate; Christliche Gewerkschaften 996 (774), fünf Mandate und zwei Ergänzungsmandate; Kommunisten 692 (902), vier Mandate; Nationale Opposition 218 (248), ein Mandat. Die Wahlbeteiligung betrug 80 Proz.

In Ostberchlesien werden wieder Abbaumahnahmen größeren Ausmaßes durchgeführt. Die zu den Hohenlohe-Werten gehörige Fanningrube bei Rattowitz wird demnächst stillgelegt; 670 Arbeiter und Angestellte verlieren dadurch ihre Beschäftigung. Die Rahnitzer Steinkohlengewerkschaft will 900 Arbeiter entlassen. Auf der Bieschowitz-Grube sind 600 und auf der Königs-Grube 150 Arbeiter vom Abbau ab 1. Dezember bedroht. Die Betriebsräte haben beim Demobilisierungskommissar Einspruch erhoben.

Noch immer Lohnabbau

Für das Kölner Installationsgewerbe wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedspruch gefällt, der den Stundenlohn für die Gehilfen im 5. Jahr nach beendeter Lehrzeit auf 1 Mark festlegt. Bisher betrug der Stundenlohn 1,10 M. Die Unternehmer hatten einen Lohnabbau von 15 Proz. gefordert. Der neue Lohn gilt ab 1. Dezember bis 30. Juni 1933.

den. Wenn auch durch die allgemeine Werbetampagne in den ersten beiden Monaten des laufenden Quartals mehr neue Mitglieder gewonnen wurden, als in den drei Quartalen des ganzen Jahres, muß dennoch jedes Mitglied der Organisation rührig sein und überall als Werber für den Verband auftreten.

Die Funktionäre verzichteten auf eine Aussprache über den Geschäftsbericht. Sie stimmten einmütig einem Antrag der Ortsverwaltung zu, trotz der angespannten Kassenlage den erwerbslosen Mitgliedern aus Mitteln der Kassenkasse zu Weihnachten eine Extrazustimmung zu gewähren, und zwar je nach der Mitgliedschaftsdauer in Höhe von 3 bis 8 M.

Dem Geschäftsbericht ging ein interessantes Referat des Genossen Emil Barth über die politische Lage voraus. Der Vortrag wurde von den Funktionären mit Spannung verfolgt und beifällig aufgenommen.

Erfolgreiche Arbeit

Rückblick der Sattler

Wie für die meisten Organisationen ist auch für die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuilleer das erste Quartal eine schwere Belastungsprobe gewesen. Der Bevollmächtigte, Genosse Osten, berichtete gestern in der Funktionärerversammlung, daß die Ortsverwaltung auch im dritten Quartal mit Erfolg nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder, sondern zwangsläufig auch die eines großen Teiles unorganisierter Berufsangehöriger wahrgenommen hat.

Mit der Papen-Rotverordnung vom 5. September ist die Organisation überall fertiggestellt worden. Die Lohnabbaubestimmungen konnten im Organisationsgebiet der Ortsverwaltung von keinem Unternehmer durchgeführt werden.

Zu diesen Erfolgen kommt noch der Neuaufschluß einiger Tarifverträge in mehreren Branchen, die schon längere Zeit tariflos waren. Für einzelne Betriebe oder Branchen, wo das Organisationsverhältnis so schlecht ist, daß auch die Tarifverträge schlecht sein müssen, wird es sich die Ortsverwaltung in der Zukunft überlegen, ob sie dort überhaupt noch Verträge abschließt.

Die anhaltend starke Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder hat sich naturgemäß weiter ungünstig auf die Kassenverhältnisse ausgewirkt. Es wurden fast 7000 M. Zuschuß von der Hauptkasse benötigt.

In der Mitgliederbewegung ist auch im 3. Quartal leider wieder ein Rückgang eingetreten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Berichtsquartals 3019 gegen 3331 am Schluß des 2. Quartals. Dem ständigen Mitgliederzuzug muß jetzt von allen Funktionären und Mitgliedern energisch entgegengewirkt wer-

Fritz Müntner

Der letzte Vorsitzende des früheren Gemeinde- und Staatsarbeitervereins, und seit dessen Verschmelzung mit anderen Organisationen zum Gesamtverband Vorsitzender dieser neuen Großorganisation, Fritz Müntner, hat nun sein Amt im aktiven Gewerkschaftsdienst niedergelegt. Am letzten Sonntag nahm er auf der Sitzung des Verbandsrates Abschied. Aber man merkte es seiner Ansprache an, wie sehr ihm sein Herzleiden zujagte, das ihn seit Jahren immer wieder anfallt und ihn in seiner Tätigkeit behindert.

Fritz Müntner, der gerade 62 Jahre alt geworden ist, blüht heute auf eine mehr als 40jährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurück. Begonnen hat er sie im Sattlerverband, wo er bald das Amt des Hauptkassierers und dann das des Redakteurs bekleidete. 1911 trat er als Bezirksleiter für Mitteldeutschland in den Dienst des Gemeinde- und Staatsarbeitervereins über. Während des Krieges stand er an der Spitze der Ortsverwaltung Berlin; 1919 wurde er zweiter, 1920 erster Vorsitzender des Verbandes.

Fritz Müntner war auch kommunalpolitisch als Stadtverordneter und unbefoldeter Stadtrat in Berlin tätig. Seit 1919 ist er Mitglied des Reichswirtschaftsrates gewesen. Im Jahre 1929 wurde er einstimmig zum Sekretär der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste gewählt.

Mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst verliert die Arbeiterbewegung einen Funktionär, dem sie viel zu verdanken hat, dessen trotz Krankheit stets

humorvolles und schlagfertiges Wesen, dessen außerordentliche Fähigkeit zu ruhigem und sachlichen Verhandeln und dessen charakteristische Begabung im Ueberbrücken von Gegensätzen und Vermitteln von Meinungsverschiedenheiten ihm allseits Freunde und Hochachtung erworben hat.

Wir wünschen dem Genossen Müntner, daß sein Gesundheitszustand sich bessere, damit er noch manche Jahre eines wohlverdienten Ruhestandes im Kreise seiner Familie und Freunde genieße.

Ausklang in Bremen

Gewerkschaften und Wirtschaftsführung

Bremen, 24. November.

Der Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wurde am Donnerstag beendet.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand brachten die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. An Stelle des Ausschuführers Schöne, der wegen Alters zurücktrat, wurde Selpien-Hamburg einstimmig gewählt. Auch die Wiederwahl des Verbandsrats und der Gauleiter erfolgte mit geringen Änderungen einstimmig.

In der Abstimmung über die zahlreichen Anträge zum Verbandsstatut wurde u. a. beschlossen, eine neue niedrige Beitragsstufe einzuführen. Die Einführung von lokalen Beiträgen wurde den Zahlstellen überlassen. Die Änderung der Statuten in bezug auf die Invalidentenunterstützung stellt, wie häufig nach der Abstimmung ausdrücklich betonte, keine Kürzung der Renten dar.

Am Mittwoch sprach Eggert vom Bundesvorstand des DGB über die „Lage der Weltwirtschaft“. Seine kritische Beleuchtung der bankrotten Führung der freien Wirtschaft mündete in eine klare und überzeugende Begründung der von den freien Gewerkschaften geforderten großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformen.

Eine Privatindustrie, die sich mit öffentlichen Mitteln aushalten läßt, ohne aber der öffentlichen Kontrolle zu unterstehen, das ist, so führte Eggert unter starkem Beifall aus, ein unhaltbarer Zustand. Ueberläßt man diese Wirtschaft der Willkür der kapitalistischen Wirtschaftsführung, dann wird höchstens diese, nicht aber die Wirtschaft und ebenso auch nicht die Menschheit gesunden. Bis zu welchem Widerstand diese in sich widerspruchsvolle Wirtschaftsführung sich versteinern kann, hat die Einfuhrkontingentierung der Papen-

Regierung gezeigt. Aber auch diese Einfuhrkontingentierung ist nur ein Glied in einer ganzen Kette von Fehlern und Irrtümern, die zur Krise geführt haben und immer von neuem die Krise verschärfen.

Wir haben zur Milderung der Krise u. a. auch die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Unsere Forderung ist von der Arbeiterschaft zum Teil nicht richtig verstanden worden. Die Unternehmer haben sie besser begriffen. Dafür zeugt der Grund ihrer Ablehnung. Sie sagten: „Wenn auch die Verkürzung ohne Lohnausgleich angeboten ist, so wissen wir bestimmt, der Lohnausgleich kommt ja doch.“ Wir wären heute froh, wenn wir zu Anfang der Krise die Verkürzung der Arbeitszeit hätten einführen können. Auch wäre eine Million Arbeitslose als Folge der Rationalisierung noch leichter zu ertragen als die jetzige Arbeitslosenziffer. Der Bundesvorstand fordert eine Anpassung der Arbeitszeit an die neue Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, darüber hinaus eine Ueberführung der großen Schlüsselindustrien und des Verkehrswesens in die Hand des Staates und ebenso eine Verstaatlichung des Bankwesens. Entsprechende Anträge sind dem Reichstag bereits zugegangen. Diese Forderungen, zu denen auch die Schaffung eines Tabakmonopols gehört, können in Verbindung mit einer Entspannung der politischen Verhältnisse nicht nur einer vernünftigen Regelung der Wirtschaft die Wege ebnen, sondern auch dem Staat erhebliche Einkünfte sichern. Jedenfalls ist nicht einzusehen, warum nicht der Staat die Führung der Wirtschaft übernehmen soll, wenn er aus seinen Mitteln diese Wirtschaft ja doch stützen muß. Solange natürlich die Arbeiter unter sich herumtrafelen, haben die Kapitalisten es leicht, die Reformarbeit der Gewerkschaften zu durchkreuzen.



Kaufkraftmord und Konsumvereine

Die Senkung der Ernährungskosten konnte den Lohn- und Gehaltsraub nicht wettmachen

Die von der Baronsregierung geradezu zum Staatsprinzip erhobene Vernichtung der Kaufkraft mußte sich gerade im Jahre 1932 auf die Konsumvereine auswirken. Die Käufer wanderten erst, um der Kaufkraftdroffelung auszuweichen, zu schlechteren Qualitäten ab. Als hier die Grenze erreicht war, blieb nichts anderes übrig, als ein beispielloses Festschneiden des Hungerriemens. Das spiegelt sich in der Entwicklung der Konsumvereine wohl am deutlichsten wider; denn ihre Mitglieder sind ja in erster Linie von den Lohn- und Kräfteexperimenten der „grundfährlich neuen Staatsführung“ betroffen worden.

Für das dritte Vierteljahr 1932 ergibt sich für den Mitgliedsbestand und für den Umsatz, verglichen mit dem zweiten Vierteljahr 1932 und dem dritten Vierteljahr 1931 und 1928, folgende Entwicklung:

	3. Quart. 32	2. Quart. 32
Mitgliedsbestand	2 780 910	2 783 763
Umsatz in Mill. Mark	186	195
Vierteljahrsumsatz pro Mitglied in Mark	66,93	69,97
	3. Quart. 31	3. Quart. 28
Mitgliedsbestand	2 924 043	2 766 099
Umsatz in Mill. Mark	252	269
Vierteljahrsumsatz pro Mitglied in Mark	86,05	97,30

Die Verringerung des Mitgliedsbestandes erklärt sich aus der einfachen Pflicht der Konsumvereine, sogenannte Papierkassen auszuscheiden. Mitglieder, die in ihrem Konsum nicht kaufen, sind nur eine Belastung und haben im Konsum nichts zu suchen. Außerordentlich ist der Rückgang der Umsatzzahlen. Man spricht seit Jahren soviel vom Schwinden und von der Droffelung der Kaufkraft. Hier sehen wir in der Praxis, was die

Lohnpolitik der Unternehmer und der autonomen Regierung.

gestützt durch die Hitler-Bewegung, angeordnet hat. Ihren besten Stand erreichten die Konsumgenossenschaften, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, in der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Vergleicht man den Umsatz im letzten Vierteljahr mit dem Umsatz im dritten Vierteljahr 1929, dann verlieren die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 37,8 Proz. ihres Umsatzes. Nach dem Konsumgenossenschaftlichen Index gingen die Ernährungskosten nun in der gleichen Zeit nur um 25 Proz. zurück. Der Rückgang der Ernährungskosten hat die erzwungene Kaufkraftsenkung nur zur Hälfte wettgemacht.

Wenn die Konsumvereine diesem Stoß standgehalten haben, dann muß man ihnen befehligen, daß sie von einer Widerstandskraft erfüllt sind, die staunenerregend ist.

Diese innere Kraft

zeigt sich in der finanziellen Entwicklung der Vereine.

	Mitglieder- Rücklagen	Eigene Spar- einlagen
1. Quart. 1932	60,792	136,772
2. Quart. 1932	66,783	135,111
3. Quart. 1932	68,858	133,179

Die Rücklagen aller Art haben sich nur um 2 Millionen Mark verringert; angesichts der Anforderungen an die Konsumgenossenschaften, entstandene Verluste zu decken, muß diese Entwicklung als günstig bezeichnet werden. Bei den Mitglieder Guthaben liegt sogar eine Steigerung vor.

Wichtig ist die Bewegung in den Spareinlagen. Sie ist das beste Zeichen dafür, daß die

Konsumvereine die Krise überstanden haben. Wenn die Gegner der Konsumgenossenschaften darauf warten, daß dieser Zweig der modernen Arbeiterbewegung unter der Kaufkraftdroffelung zusammenbrechen würde, so kann man heute mit ruhigem Gewissen sagen, die Schadenfreude war umsonst.

Die Krise hat auch unter den Konsumgenossenschaften gewütet und gehaust. Sie hat sie aber nicht zu Boden bringen können. Auch im dritten Vierteljahr haben sich die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften um etwa 21 Millionen Mark verringert. Daraus entfällt jedoch die Hälfte noch auf den Monat Juli (Reichstagswahl). In den beiden folgenden Monaten ist der Spareinlagenabfluß um 50 Proz. im August und um 60 Proz. im September zurückgegangen. Die Unruhe der Sparer, ausgelöst durch die Krisenkatastrophen, ausgelöst aber nicht zuletzt auch durch die Unbegreiflichkeiten und Dummheiten in der deutschen Politik, durch das ganze Theater der Hitlerer, ist vorüber. Das muß konstatiert werden.

Wenn sich die Konsumgenossenschaften als unerschütterlicher Felsen in der Verbrauchermirtschaft erweisen haben, dann nicht zuletzt mit Hilfe der Unterstützung durch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die G. E. G. konnte im dritten Vierteljahr 1932 einen Umsatz von 86,909 Millionen bewältigen gegen 82,293 Millionen im zweiten Vierteljahr und 82,714 Millionen im ersten Vierteljahr. Der Umsatz der G. E. G. - Herstellungsbetriebe betrug für dieselbe Zeit 32,223 Millionen bzw. 32,182 Millionen bzw. 32,588 Millionen. Im Verhältnis zum gesamten Konsumgenossenschaftlichen Umsatz hat sich der Anteil der G. E. G. - Betriebe von 16,75 Proz. im ersten Vierteljahr 1932 auf 16,52 Proz. im zweiten Vierteljahr 1932 auf 17,31 Proz. im dritten Vierteljahr 1932 gesteigert!

streiten, daß er ständig in seinen Berichten auf Hauffestimmung aus ist — wenn nötig, dienen wir mit Beweisen — und daß unsere Reserve gegenüber seiner Statistik deshalb nur zu berechtigt ist. Der Landwirtschaftsrat wird ferner durch Beiträge der Landwirtschaftskammern, also größtenteils vom Staat finanziert, und es wird schwer zu unterscheiden sein, welches Geld nun für die Getreidestatistik verwendet wird. Daß außerdem nur für bestimmte städtische Zwecke Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, das haben wir nicht in Frage gestellt.

Kartell unter Druck Zwangmaßnahmen gegen Außenseiter?

Das schon seit Jahren brüchige Westdeutsche Zementkartell steht infolge der starken Aktivität von Kartellaußenleitern vor der Auflösung. Zurzeit laufen Verhandlungen zwischen den Kartellmitgliedern und den Außenleiterwerken, um diese „Störenfriede“ des Kartellmonopols durch Anschließung an den Verband mundtot zu machen. Interessanterweise wählten diesen Verhandlungen auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums bei, und wie man hört, versuchen die Kartellvertreter auf das Reichswirtschaftsministerium dahin zu wirken, daß man die widertypischen Außenleiter zwangsweise dem Kartell anschließt.

Eine derartige Maßnahme dürfte überhaupt nicht zur Diskussion stehen. Die Zementkartelle in Deutschland haben durch ihre wahnwitzige Monopolpolitik dem deutschen Bauministerium und der Gesamtwirtschaft ungeheuer geschadet. Wir erinnern nur an den besonders trafen Fall, daß in einer Zeit, wo vier Fünftel der deutschen Zementindustrie still liegen, deutscher Zement nach Holland zu einem Drittel des deutschen Inlandspreises exportiert wird, und nach Deutschland billiger zurückverkauft wird als Kartellzement. Die Außenleiter haben insofern gut gearbeitet, denn ihr Druck war stark genug, um die hemmungslosesten Preisauswüchse der Kartelle zu verhindern. Eine zwangsweise Syndizierung der Außenleiterwerke wäre gleichbedeutend mit der völligen Auslieferung des deutschen Inlandsmarktes an das Kartellmonopol.

Autoritäres Kartoffelmehl

Der bisher 5prozentige Beimischungs-zwang von Kartoffelmehl zu Weizenmehl hat zu einem Mehrverbrauch von nur 35 000 Tonnen Kartoffelmehl geführt. Da die Kartoffelstärkefabriken aber zur Erhöhung ihrer Dividenden eine weit größere Steigerung des Absatzes verlangen, hat der Reichsernährungsminister im Oktober einen 24prozentigen Beimischungs-zwang für alle Wehle verordnet.

Ob dieses neuen Streiches des jetzt nur noch geschäftsführenden von Braun herrscht bei allen Betroffenen große Empörung. Denn der Streich ruht nur den Stärkefabriken und der an sie liefernden Landwirten. Der Landwirtschaft als Ganzes hilft die Ausweitung des Beimischungs-zwanges gar nichts, denn die Menge des Weizenabzuges an Kartoffelmehl beträgt nur 0,3 Proz. der gesamten Kartoffelernte.

Aber das geschäftsführende Reichsernährungsministerium wird dieser Proteste einfach auf „autoritäre Weise“ Herr, d. h. mit den turschichtigsten Befehlen von oben her. Eine nachteilige Einwirkung auf das Gebäck durch die Beimischung von Kartoffelmehl könne nicht gut behauptet werden, so wird einfach dekretiert, und die hierdurch eintretende Verteuerung des Brotes sei nur geringfügig. Wir bemerken hierzu mit der Bescheidenheit, wie sie einem Interianen geziemt, daß im Brotgeß und auch in früheren Verordnungen, die für Bäckereien erlassen wurden, die Beimischung zum Roggenbrot als Nahrungsmittelverfälschung unter Strafe gestellt war. Eine autoritäre geschäftsführende Regierung besteht jetzt die einst verbotene Nahrungsmittelverfälschung und belegt die Nichtbefolgung mit Gefängnisstrafen! Ferner ist auch eine Verteuerung der Broterzeugung um 0,2 Pf. keine Lappalie, denn Kostensteigerungen sind immer die beste Gelegenheit die Aufschläge gleich doppelt und dreifach zu kassieren!

Die Verbraucher dürften für die autoritäre „Begründung“ des Beimischungs-zwanges kaum viel Verständnis haben. Zur Dividendenerhaltung der Stärkefabriken mit Begeisterung ein Brot zu essen, dessen Herstellung nach den Vorschriften des Nahrungsmittelgesetzes eine Nahrungsmittelverfälschung darstellt, ist etwas zu viel verlangt.

tionen Mark hinzusetzen, erhöhten sich die Spareinlagen der preußischen Sparkassen im Oktober insgesamt um 17,4 auf 5868,6 Millionen Mark. — Bei der allgemeinen Verelendung der werktätigen Bevölkerung in Deutschland ist diese an sich sehr erfreuliche Besserung bei den Sparkassen allerdings nicht auf irgendeine Besserung der Kaufkraft zurückzuführen, sondern es dürfte sich bei den stark erhöhten Reueinzahlungen überwiegend um den Rückfluß gehämterter Gelder handeln.

87 Milliarden USA.-Schulden

Amerikas Staatsschulden haben sich in den ersten vier Monaten des am 1. Juli 1932 begonnenen Jahres um 1326 Millionen Dollar und damit im Laufe der letzten zwölf Monate um 3321 Millionen Dollar erhöht. Die Schulden der Vereinigten Staaten betragen nunmehr insgesamt 20 813 Millionen Dollar oder rund 87,4 Milliarden Mark.

Deutsche Getreideernte Eine „Richtigstellung“

Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats legt Wert darauf, daß wir unseren Lesern folgende Richtigstellung mitteilen:

„Am „Vorwärts“ Nr. 549 vom 22. d. M. befindet sich in einem Aufsatz „Deutsche Getreideernte“ folgende Bemerkung: „Es ergibt sich bei dieser Gelegenheit aber wieder die Frage, ob der Zuschuß, den das Reich an den Deutschen Landwirtschaftsrat für seine Statistik zahlt, nicht besser für andere Zwecke, z. B. für den Ausbau der Getreideverbrauchsstatisik, verwendet werden könnte, als für eine im Dienste der Interessenten stehende Zweckstatistik.“

Diese Bemerkung beruht auf einer falschen Voraussetzung. Es ist nicht richtig, daß für die Durchführung der Getreidestatistik der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat Reichsmittel zur Verfügung gestellt oder verwendet werden. Vielmehr erhält die Preisberichtsstelle Reichsbekanntmachungen lediglich für die Durchführung der Marktbeobachtung auf dem Gebiete des Gartenbaues und der Mollereiwirtschaft, sowie für eine Erfassung von Erzeugerpreisen.“

Seider sind zu dieser Berichtigung wieder einmal Anführungszeichen nötig. Der Deutsche Landwirtschaftsrat wird kaum be-

Licht und Kraft zahlt 6 Prozent

Die dem Siemens-Konzern nahestehende Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G., ein reines Finanzierungsunternehmen, zahlt für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr die gleich hohe Dividende von 6 Proz. wie im vergangenen Jahre. Der Gewinn der Gesellschaft, der in der Hauptsache aus den Dividenden der Beteiligungen stammt, liegt mit 1,85 Millionen Mark sogar noch über dem Stande des Vorjahres, obwohl vorweg 450 000 Mark vom Gewinn für Rückstellungen abgesetzt worden sind.

Spareinlagen steigen! Rückfluß von Hamstergeldern?

Der monatliche Ausweis der preußischen Sparkassen bringt für den Monat Oktober erstmalig seit der Bankentriebe des vergangenen Jahres einen echten Ueberfluß der Reueinzahlungen von Spargeldern über die Auszahlungen, während die bisherigen Ueberflüsse in den vergangenen Monaten ausschließlich auf Zins- und Aufwertungsgutschriften zurückzuführen waren.

Im Oktober aber ergibt sich bei Reueinzahlungen von 255,3 gegen 239,8 Millionen im September ein echter Einzahlungsüberschuß von 8,6 Millionen Mark, da die Abhebungen nur einen Umfang von 256,7 erreichten. Da außerdem noch Zins- und Aufwertungsgutschriften im Wert von 8,8 Mil-

Textilkonzerne

Günstiger Beschäftigungsgrad — Wollindustrie rentabel

Die Gladbacher Wollindustrie A.-G. vormals L. Josten in München-Gladbach kann auch für das Geschäftsjahr 1931/32 die hohe Dividende von 9 gegen 11 Proz. im vorhergehenden Jahre zahlen. Die Ausfälle bei dem Absatz hat die Gesellschaft offenbar durch Rationalisierungsgewinne ausgeglichen, denn es ist bezeichnend genug, daß trotz der Entlassung von 300 Mann Anfang April wegen unzureichender Beschäftigung eine so hohe Aktionärsdividende herausgewirtschaftet werden konnte.

Die Leistungsfähigkeit der Betriebe wurde dem Geschäftsbericht zufolge im Berichtsjahr mit etwa 80 Proz. ausgenutzt. In den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres wird noch keine Wendung zum Besseren angedeutet, jedoch erwartet die Wollindustrie angesichts der geringen Vorräte in der Konfektion und im Tuchhandel eine baldige Belebung.

Zu gleicher Zeit veröffentlicht die Deb. ag., die Verwaltungsgesellschaft des Hammerse-Dierig-Konzerns, einen Börsenprospekt, der neben einer Zwischenbilanz per 30. April 1932 auch interessante Angaben über den Beschäftigungsgrad und die Umsätze dieses großen Baumwollkonzerns enthält. In den Betrieben von Hammerse sind zur Zeit 2900 Arbeiter und 170 Angestellte beschäftigt. Den Monat zu 200 Arbeitsstunden gerechnet, war die Leistungsfähigkeit der Spinnereien Ende 1931 mit 96 Proz., die der Webereien sogar mit 100 Proz. ausgenutzt. Zur Zeit ist der Beschäftigungsgrad auf 81 bzw. 80 Proz. gesunken. Die Dierig A.-G., deren Stammspinnereien sich in Schlessen befinden, beschäftigt jetzt 570 Angestellte und etwa 4000 Arbeiter. Den Monat gleichfalls zu 200 Arbeitsstunden gerechnet, wurde die Spinnerie Ende 1931 mit 122 Proz., die Weberei mit 90 Proz., und die Ausrüstungsbetriebe mit 85 Proz. ausgenutzt. Gegenwärtig betragen die entsprechenden Ziffern für die Spinnerie 128 Proz., für die Weberei 98 Proz., und die Ausrüstung 81 Proz. Im Gegensatz zu Hammerse hat sich also der Beschäftigungsgrad bei Dierig in den Spinnerereien und Webereien seit Ende vergangenen Jahres gebessert. Allgemein haben sich im laufenden Jahre die Mengenumsätze gehalten, während die wertmäßigen Umsätze — im vergangenen Jahre bei Dierig 32,4 bei Hammerse 25,5 und bei der

Kugsburger Spinnerei am Stadtbach 12 Millionen Mark — entsprechend der Preisrückgänge gesunken sind.

In dem neuen Prospekt der Regier-Kaufmann Textilwerke in Schlesien wird der Mengenumsatz an Gewoben im Jahre 1931 auf 15,5 gegen 14,9 bzw. 15,0 Millionen Meter in den beiden Vorjahren angegeben. Der Wertumsatz ging dagegen auf 10,1 gegen 12,1 bzw. 15,7 Millionen Mark in den beiden Vorjahren zurück. Die Belegschaft beträgt zur Zeit etwa 2150 Mann.

Die neue Nordstern Garantie-Packung!

Wieder triumphiert die Nordstern-Qualität!

In dem Bestreben, unseren Kunden immer mehr zu bieten, schulen wir die Nordstern-Garantie-Packung. Durch die Hygiene und das volle 500-Gramm-Garantie-Gewicht bringt sie eine Qualitätssteigerung, die jedem, der bei uns kauft, voll zugute kommt.

Urteilen Sie selbst!

Feinste Ra't.nade ungeblaut Pid. 31 Pf

Glassiert. Reis Pid. 28 Pf

Voll-Reis Pid. 16 Pf

Geschälte Erbsen Pid. 33 Pf

Viktoria-Erbisen Pid. 23 Pf

Linsen Pid. 23 Pf

Hartkäse Pid. 25 Pf

Weiße Bohnen Pid. 20 Pf

Die neue Nordstern-Garantie-Packung hält für immer gleichmäßige Qualität!

BUTTER - NORDSTERN: „DAS HAUS DER TREUEN KUNDEN!“

SCHICKSAL MASCHINE

261 ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

6.

Weltlin erhielt eine Nachricht von Crufius. Er schrieb, daß er nur ungern die selbstgewollte Ruhe und Abgeschlossenheit des Freundes störe, aber abgesehen von dem Bedürfnis nach einem Wiedersehen, gäbe es doch eine Reihe Dinge sowohl geschäftlicher als auch privater Natur zu besprechen. Weltlin erwiderte sofort: er wüßte zwar nicht, welche geschäftlichen Angelegenheiten einer Erörterung bedürftig, da er sich doch von allen Geschäften zurückgezogen habe. Gern wäre er sofort zu seinem alten Freunde geeilt, doch da er nicht an sein früheres Leben erinnert werden wolle, bitte er Crufius recht sehr, sich zu ihm zu bemühen.

Wenige Tage nachher schritt Crufius der Behauptung Weltlins zu. Er hatte den Wagen weggeschickt und ging eine Strecke des Weges zu Fuß. Durch dumpfe, enge Vorstadtgassen, die er jahrelang nicht betreten hatte, führte der Weg. Welche Arbeit wäre hier noch zu leisten! — Wie haufen diese Menschen! All das paßt doch gar nicht mehr in unsere Zeit! Er entsann sich eines Projektes, das ihm einmal ein junger Frankfurter Architekt vorgelegt hatte. Im Gehen sah er das Gesicht dieses Mannes, die hagere Gestalt, die hohe, gewölbte Stirn, das lebhaftige Auge. Seine ein wenig deklamierende, im Affekt singende Stimme hörte er wieder: Niederreißen müßte man erst alles Alte, Vermorschte; diese grauen Zinshäuser, die so enge beisammen stehen, daß man einander in die Zimmer sehe; dann erst könne man aufbauen. Und Crufius sah die genialen Pläne und Entwürfe des jungen Mannes, der da neue Städte aus der Erde stampfen wollte, wieder vor sich, und er hörte wieder die singende Stimme: Noch immer wisse die Menschheit nicht, wie wichtig das Wohnungsproblem sei; nicht etwa vom hygienischen Standpunkt aus, sondern vor allem aus sozialen und politischen Gründen. Wäre der Kapitalismus nicht so gottverdammte dumm, so würde er die schönsten Wohnungen für arme Menschen bauen, denn der Mensch, der seine Behausung liebt, könne niemals umstürzlerisch sein, der hänge dann an seinem Heim, die Wohnung mache ihn allein schon zum Reaktionsär . . . Crufius stand und betrachtete sinnend die Spielfelder lärmenden Vorstadtjugend. Er stand und hörte und verstand dennoch kein Wort, der Dialekt war ihm fremd, er glaubte sich in einer fremden Stadt. Und wieder entsann er sich eines Spazierganges mit dem jungen Architekten durch eine Vorstadtgasse wie diese, und er hörte die Stimme des jungen Mannes, der fast prophetisch ausgerufen hatte: „Nur von einem dieser schmutzigen Gassenbuben kann unser Heil kommen! Unsere Schicht ist sterbenskrank, wir bringen keine großen Menschen mehr hervor!“ War dies richtig? Gaß nicht er selbst, Crufius, als ein bedeutender Mann und stammte doch aus einer anderen Schicht? Nahm man nicht jede seiner Handlungen, jede Frucht seines Geistes als einen Fortschritt, als ein Geschenk der Entwicklung hin? Konnte er eine Zeitung aufschlagen, ohne seinem Namen, seinem Bildnis zu begegnen?

Aber wozu führten all seine Leistungen? Waren es nicht jene hier, die große Menge, die seine Taten negierten, seinem Namen fluchten, waren es nicht jene, auf die es ankam, die er um Brot und Arbeit brachte? Dummes Gewäsch! Gerade für die wollte er doch ein fröhlicheres, freieres, ungebundenes Leben! . . . Befangen und mit starker klopfendem Herzen schritt Crufius die Stufen des ärmlichen Hauses empor; was für ein Wiedersehen stünde ihm bevor? Wie würde er den alten Freund wohl finden?

Eine alte, verwahrloste Frau öffnete und führte ihn ins Zimmer. Fast hätte Weltlin den Eintretenden nicht bemerkt. Er sah vor dem Tisch. Aus einem Stoß von Zeitungen machte er Ausschnitte, und eine grüne, stark angeschwollene Aktenmappe lag vor ihm.

„Störe ich?“ fragte Crufius und ärgerte sich der dummen Redensart. Bilhartig ging es durch seinen Kopf: Daß doch die Phrase immer stärker ist als wir selbst, sie besiegt uns immer! . . . Doch Weltlin sprudelte hervor: „Rein, durchaus nicht, Crufius! Du findest mich hier nur bei einer Spielerei.“

„Eine Sammlung wohl?“

„Ja, eine merkwürdige Sammlung. Ich

habe jetzt wenig zu tun und da sammle ich die Verbrechen unserer Zeit.“

„Wie ist das? Was sammelst du?“

„Hast du noch nicht bemerkt, daß unsere Zeit ganz eigenartige Verbrechen hervorbringt, Verbrechen, die es sonst nicht gab? Verbrechen, die ohne ersichtlichen Anlaß, ohne verständlichen Zweck begangen werden? Ja, darüber wäre wohl einiges zu sagen! Siehst du, die Berichte über solche Verbrechen sammle ich hier, meine Sammlung ist schon ziemlich reichhaltig. Nun, ein andermal mehr hierüber.“ Und Weltlin nahm die Mappe und Zeitungen und sperrte sie in eine Lade; seine Augen leuchteten fletsam . . . Dann saßen sich die beiden Männer gegenüber und sprachen, beide besangen, belanglose Worte. Vorsichtig, von der Seite her, betrachtete Crufius den Freund. Der ganze Mensch, Haltung und Gesichtszüge, alles hatte sich verändert, stellte er fest, frischer, lebendiger

Der Fall Nicolo

Politische Novelle / Von H. R. Neubert

Diese Vorgänge ereigneten sich in einer italienischen Stadt, in faschistischen Kreisen, aber es wäre verfehlt, sie lediglich als Charakteristikum für die feilsch-geistige Struktur einer gewissen faschisierten Jugend zu werten. Diese Vorgänge können sich täglich auch in Leningrad oder in Berlin ereignen. Sie geben ein kleines Bild von dem revolutionären Geist — ob nun nationalistisch oder international —, der keine Kompromisse kennen will, der aber leider auch in den fanatischen Hirnen und Herzen keinen Raum mehr läßt für die Regungen einer parteilosen, allein auf Gerechtigkeits Sinn und Menschenwürde basierenden Humanität.

Ein Flüchtling

In einem Novemberabend sah der Student und Führer in der Jugendbewegung Nicolo allein in seinem Zimmer. Er war mit einem jeder Bücher beschäftigt, aus denen der italienische Bürger oft zum eigenen Erstaunen und nicht zuletzt das neugierige Ausland die Segnungen der faschistischen Wirtschaft erfährt. Nicolo war kein unkritischer, wahnbesangener Mensch. Er hatte sich schon oft eine selbständige Meinung erlaubt und Differenzen mit seinen Parteistellen gehabt. Er selber diente seiner Bewegung in so ehrlicher Ueberzeugung, daß er gar nicht auf die Idee kam, man könnte aus solchen gelegentlichen, nur seiner inneren Wahrhaftigkeit entsprungene Differenzen auf wankende Gesinnungsstufen schließen. Andere schwiegen, ließen Unrecht geschehen, und wenn sie doch heimliche Gewissenskonflikte hatten, entschuldigeten sie sich vor sich selbst mit dem eisernen Zwang der Partei, mit dem Wohl des Vaterlandes. Nicolo redete, kämpfte gegen offenes Unrecht, wollte verhindern, ausgleichen, erziehen.

In diesem Novemberabend entstand auf der Straße, an der Nicolos Haus lag, ein heftiger Streit. Man hörte zornige Stimmen, Flüche. Nicolos Zimmer lag parterre, er war eben im Begriff, das Fenster zu öffnen, um zu sehen, was das Geschrei zu bedeuten habe, als plötzlich hastig gegen seine Tür gehämmert wurde. Die Stimmen auf der Straße schienen nähergekommen zu sein. Nicolo hörte Rufe wie: „Schlagt den Hund tot!“ „Er muß hier in ein Haus gesteckt sein!“ „Der Kerl darf uns nicht entwiszen!“

Das Klopfen wurde dringender, verzweifelter, Nicolo ahnte auf einmal den Zusammenhang mit dem Auflauf auf der Straße: das war der Hund, den sie totschlagen wollten! „Bei Gott, helfen Sie mir!“ rief die Stimme hinter der Tür. Nicolo öffnete entschlossen. Ein Mann in Arbeitskleidung stürzte herein. Leichenblau.

„Was ist denn los? Erklären Sie mir . . .!“ sagte Nicolo erschrocken. Die Leute auf der Straße hatten sich noch nicht beruhigt, einige schienen das gegenüberliegende Haus abzuschauen.

„Sie werden mich hier entdecken!“ jammerte der Mann. „Helfen Sie mir!“

„Wenn ich Ihnen helfen soll, müssen Sie mir zunächst sagen, um was es sich handelt.“

Der Mann atmete schwer. Zurchtlich lauschte er

ist er geworden, nein, das war nicht der geistig verwirrte Mensch, als den man ihn schilderte . . . Nach einer Weile begann er dann zögernd und tastend: Er sei gewiß nicht aus Neugierde gekommen, er habe viel zu großen Respekt vor jeder ernsten Handlung und Kundgebung eines Menschen, um ihm mit Fragen lästig zu fallen. Jede Tat schließe ihre Notwendigkeiten in sich ein, denn sonst wäre sie wohl nie entstanden, und das Wichtigste sei nur, daß der Mensch, der diese Tat geleht, sie vor sich selbst verantworten könne und — sich dabei wohl befinde. Rein, hierüber wolle er nicht sprechen, zumal fast jede Rede nur ein Zerreden, jede Erklärung einer Tat oft nur ihre wahren Motive verdunkle; kein Wort also hierüber! Er freue sich, seinen alten Freund wohl auf zu finden und damit sei der wichtigste Zweck seines Besuches erfüllt! Wenn sein Kommen sonst noch einen Grund hätte, so sei es der, daß wohl auch noch etwas Geschäftliches zu besprechen sei. Trotz der schriftlichen Protestes Weltlins lasse sich dies nicht leugnen. Da sei die Fabrik . . .

„Ich sagte und schrieb schon, daß ich nie wieder etwas davon hören will“, sagte Weltlin ruhig, aber sehr energisch.

„Ja, ja, gewiß“, entgegnete Crufius, „dennoch aber sei die Fabrik Weltlins Eigentum . . .“

„Die Fabrik hat nur noch nominell und durch deine Freundschaft mit gehört, in

Birklichkeit war es dein Geld, das den Bestand dieser Fabrik rettete. Bitte, verschone mich mit dem . . .!“

„Ja, es liege in seiner Absicht, fuhr Crufius fort, nur das Notwendigste zur Sprache zu bringen, aber er selbst, Crufius, habe sich doch nie um die Fabrik gekümmert, habe alles Weltlin überlassen, er verstehe auch nichts vom Geschäftlichen, und nun stehe das Unternehmen ohne jede Aufsicht und Leitung da . . .“

„Das ist mir alles ganz gleichgültig!“ Weltlin schrie es fast, erhob sich und rannte mit großen Schritten auf und ab: „Ich will nichts mehr hören, nichts mehr sehen, nichts mehr wissen von dieser Hölle! Ich habe ausdrücklich und in rechtlicher Form auf alles verzichtet; der bloße Gedanke an die Fabrik bringt mich zur Raserei. Macht was ihr wollt!“

Das sei leicht gesagt, versetzte Crufius gütig. Aber gewisse Agenden seien doch ausschließlich durch seine, Weltlins, Hände gegangen, da seien unerledigte Dinge, Knoten, die niemand anderer entwirren könne . . .

„So verbrennt die Fabrik“, rief wütend Weltlin, „verbrennt sie, verkauft sie, macht eine Aktiengesellschaft aus ihr. Aber laßt mich aus dem Spiel!“

Ob das nicht ein wenig leichtfertig sei? fragte die ruhige, besonnene Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

auf die Straße hinaus. Klängen nicht schon Schritte im Hausflur?

„Den Hund schlagen wir tot!“ rief eine Stimme ganz deutlich ins Zimmer herauf. Der Mann fuhr zusammen. „Rein ganzes Verbrechen ist . . . Ich habe einem Händler die Zeitungen aus der Hand gerissen. Die Schlagzeile hat mich maßlos gereizt. Und Mussolinis Bild. Ich bin Sozialist, arbeitslos, meinen Vater haben sie vor acht Jahren an die Wand gestellt. Warum? Herr, warum? Fragen Sie Mussolini. Ich habe heute wieder daran denken müssen, als der Zeitungshändler die neueste Grobstat des Allmächtigen ausposaunte. Da hat mich die Wut gepackt, die Wut.“

Er ballte die Fäuste. Er stand nicht mehr geduckt da, sondern gestrafft, als würde er sich jeden Augenblick wieder auf einen Gegner werfen. Über diese Verwundung durch den Haß dauerte nur Sekunden, dann kam die Angst wieder und machte ihn klein, mittelberregend.

„Sie haben mich verfolgt. Sie wollen mich lynchen. Ich kann . . . ich will . . .“

Er zitterte an allen Gliedern.

„Kriechen Sie unters Bett!“ sagte da Nicolo. Sein Gesicht war starr.

Er erkannte in aller Klarheit, was er tat. Und was er noch tun würde. Tun müßte.

Eine stärkere Macht war in ihm, der er folgen mußte.

„Und die Partei?“ fragte eine Stimme in ihm. „Und das Vaterland?“ grölte sie stärker.

„Und die Befehle?“

Die Partei, das Vaterland, die Befehle verlangten es, den Mann auszuliefern. Definiere das Fenster, Nicolo, und rufe deinen Freunden zu, herauszukommen und den Besuchten abzuholen. Er hat den Duce geschmäht! Er ist ein heimlicher Feind unserer Ordnung!

Er hat kein Vaterland!

Kein Vaterland! Wer sagte das? Sagte das Nicolo? Er, Nicolo? Rein, das waren Stimmen seiner Freunde in den Klubs, in Versammlungen. Schreiende, fanatische, überhebliche Stimmen. Aber dann waren sie plötzlich still, stumm, weit weg, als Nicolo zu dem Mann unter dem Bett sagte: „Ziehen Sie das Knie an. Man sieht Sie sonst!“

Die Menge

Die Menge auf der Straße war immer noch in Bewegung. Die zornige Stimme des Zeitungshändlers war zu hören. Er hauchte die kleine, bedauerliche Sache gehörig auf. Ein Schwall von Drohungen kam aus seinem Munde. Drohungen, die von ein paar in der Nähe stehenden Schwarzbeindenden hilfsbereit aufgenommen wurden. Nicolo erkannte seinen Freund Batista unter den Männern. „Er kann doch nicht vom Erdboden verschwinden sein!“ sagte jemand. „Er ist hier in ein Haus gelaufen. Wir wollen mal hier drüben nachsehen.“

„Bei Nicolo ist Nichts. Vielleicht hat er was bemerkt!“ meinte Batista.

Der Zeitungshändler und Batista führten die Menge an, die jetzt in das Haus drang. Nicolo

die Tür und trat auf die Treppe hinaus. „Wen sucht ihr?“ fragte er.

„Einen von den roten Hunden, die immer noch frei herumlaufen!“ sagte der Zeitungshändler.

„Wir wollen ihn ein bißchen halbtot prügeln, damit er einen Denktzettel hat.“ ließ sich Batista mit tiefem Haß vernehmen. „Das Schwein hat seine rote Gesinnung enthüllt und 'ne Brandrede gehalten. Im Suf hat er einem Zeitungshändler hier an der Ecke 'n Paket Mussolinialben aus der Hand gerissen.“

Der Zeitungshändler war ganz oben angelangt und beugte sich über das Geländer.

„Nichts!“ schrie er enttäuscht.

„Nichts!“ leuchtete Batista die Treppe herunter. Seine Stiefel knarnten schlecht gelaut.

Eine Auseinandersetzung

Zufatmend schloß Nicolo die Tür. Er sah von der Tür aus unter das Bett, man sah nichts von dem Mann. In diesem Augenblick haßte er ihn. Er wurde unsicher. Die stärkere Stimme seines Innern schwieg. Nichts war da als Zweifel, Anflage, Zermürren.

„Schließlich trieben mich nur kleinbürgerliche Ressentiments!“ dachte er, „die Erzählung von dem an die Wand gestellten Vater hat mich bezwungen. Schließlich haben meine Freunde wirklich Recht, die mir Schwäche vorwerfen. Und Batista ist der Größere, weil er dem Manne die Knochen im Leibe zerbrechen hätte.“ Der Mann unter dem Bett rührte sich noch immer nicht. Nicolo sah vorsichtig aus dem Fenster. Es standen noch einige Leute auf der Straße. Nicolo spürte die Trodenheit seines Bauchens, ging zur Kommode und goß sich ein Glas Wasser ein.

„Aber schließlich“, dachte er danach und spülte seinen Mut zur Tat wiederkehren, es war nun auf einmal kein Zweifel mehr da, „wahr ist, daß ich einem Menschen so gut wie das Leben gerettet habe. Sie hätten ihn vielleicht zum Krüppel geschlagen. Und warum? Warum?“

In diesen Ueberlegungen fand er alle Argumente, die für ihn sprachen.

„Mit Menschen wie Batista kann man einen Marsch auf Rom unternehmen“, dachte Nicolo und begann im Zimmer auf und ab zu gehen, als hätte er den Mann unter dem Bett vergessen, „aber um einen Kulturstaat auf weite Sicht auf-

25 Jahre Coffeinfrei-Erfahrung-d.h. Spitzenleistung in Güte und Geschmack.-Daher Kaffee Hag und keinen andern

